

CGSP - AZÖD
FGTB ÖFFENTLICHER DIENST
Gemeinsam stark

IRW-CGSP 11. KONGRESS



IRW
CGSP

DEN WIDERSTAND NEU ENTFACHEN!



IRW-CGSP KONGRESS
P. 4



CGSP-ACOD
FÖDERALKONGRESS
P. 31

SOMMAIRE ■■■

- 3 LEITARTIKEL**
Den Widerstand neu entfachen!
- 4 IRW-CGSP KONGRESS**
- 8 IRW-CGSP KONGRESSRESOLUTIONEN**
 - 9 / Staatsverschuldung
 - 13 / Umwelt
 - 16 / Rechtsextreme

- 20 VOM KONGRESS VERABSCHIEDETE ANTRÄGE**
 - 20 / Antrag des Frauenausschusses
 - 22 / Antrag über einen Aktionstag zur Verteidigung der Delegierten und Gewerkschaftsfreiheiten
 - 23 / Anträge zur Unterstützung der Delegierten der RTBF
 - 25 / Antrag Telekom Luftfahrt: Nein zur Privatisierung der selbständigen öffentlichen Unternehmen
 - 29 / Dringlichkeitsantrag: Waffenruhe – Solidarität mit dem palästinischen Volk
 - 30 / Dringlichkeitsantrag: Unterstützung für die Beamten Argentiniens

- 31 FÖDERALER KONGRESS CGSP-ACOD**
 - 31 / Ein Ausnahmekongress
 - 33 / Antrag gegen die Rechtsextreme



FAIRE VIVRE LES RÉSISTANCES

LES SERVICES PUBLICS, NOTRE PATRIMOINE !



WWW.IRWCGSP.BE





LEITARTIKEL

DEN WIDERSTAND NEU ENTFACHEN!

Für die Delegierten und Aktivisten der Sektoren und der Regionalen, die monatelang über oft kniffligen Texten gebrütet haben, Argumentationen analysiert und deren Folgen untersucht haben, ist der Kongress eine Art Höhepunkt. Es ist der Moment, in dem jeder das auf den Tisch bringt, was er zu Hause zusammengestellt hat, der Moment des Teilens. Aber ein Kongress ist mehr als nur die Summe unserer einzelnen Besonderheiten, er ist ein fast magischer Moment, bei dem sich die Sinnhaftigkeit all dieser Bemühungen ergibt, der Moment, wo Metalle, nachdem sie miteinander verschmolzen wurden, zu Gold verwandelt werden.

In diesem Schmelztiegel, wo das, was geschmiedet wurde, unzerstörbar wird, wo der kollektive Geist sich verbündet mit dem demokratischen Gedanken jeder einzelnen Abstimmung, schöpft der Aktivist neue Kraft und verankert sein wertvollstes Gut auf einer rechtlichen Grundlage, nämlich seine Fähigkeit, sich zu erheben, Nein zu sagen und die Ordnung der Dinge nicht einfach hinzunehmen. Sie wussten nicht, dass es unmöglich war, daher haben sie es einfach gemacht! Die Würde eines einzelnen Mannes wird nicht wahrgenommen, schreibt der Dichter René Char, die Würde von tausend Männern ähnelt einem Kampf!

Denn es schien schon unmöglich, die Formen der Herrschaft und des Autoritarismus, die uns seit über vierzig Jahren aufgezwungen werden, zu entlarven. Es vergeht keinen Tag, an dem uns nicht eingetrichtert wird, dass die neoliberale Ordnung, die einzig mögliche ist, kein Augenblick, in dem uns nicht gesagt wird, dass wir über unsere Verhältnisse leben, kein Moment, in dem uns die Offensichtlichkeit des Spruchs „Es ist Alternativlos“ nicht anfällt! Es ist ein schwieriges Unterfangen, diese Sophismen zu enttarnen; als Gegenmacht ist genau DAS unsere Aufgabe!

Das dies nicht ganz risikofrei ist, das wissen wir! Die jüngste Geschichte erinnert uns nur zu gut daran, von Mauthausen bis Allende und von den Mahnwachen in Antwerpen zur Brücke von Cheratte! Angesichts der sozialen Ungleichheiten, ausgrenzender Sparmaßnahmen und der sich mehrenden Umweltkatastrophen wird es für die herrschende Klasse immer schwieriger, die schädlichen Auswirkungen ihrer neoliberalen Politik zu verschleiern. Vor diesem Hintergrund ist die autoritäre Verschärfung, die derzeit in ganz Europa zu beobachten ist, besser zu verstehen. Denn wenn die eigene Legitimität schwindet, ist man gezwungen, noch repressiver aufzutreten. Das ist immer der Moment, in dem die Rechtsextremen aus der Kanalisation hervorkriechen und einem wackeligen System eine eiserne Krücke reichen.

Die faschistische Bedrohung ist nicht verschwunden, sie erhebt sogar ihr Haupt, fast überall in Europa und der Welt. Die Geschichte lehrt uns, dass wir das Wachstum der extremen Rechten verhindern können, indem wir ihr den Wind aus den Segeln nehmen. Wir können nicht neutral bleiben, es geschehen lassen und zusehen, wie sich das Gift der Spaltung, der Abschottung und des Rassismus überall ausbreitet. Die Vorschläge der Rechtsextremen sind allesamt Fallen und Lügen, die wir zerpfücken und dekonstruieren müssen. Sie stehen im Widerspruch zu unserer Vision einer gerechteren und egalitären Welt, für die wir uns seit jeher einsetzen, sei es im Bereich der Beschäftigung, des Kampfes gegen jegliche Formen der Unterdrückung oder bei der Förderung des öffentlichen Dienstes.

Dieser Kampf muss verstärkt werden. Das einzig Sichere ist, dass unsere Untätigkeit das Schicksal und die Zukunft dieser Welt besiegeln würde. Unsere Mobilisierung soll das Ergebnis eines Kulturkampfes sein, bei dem die Herausforderungen klar umrissen und Diskurse analysiert werden, an die Geschichte erinnert und dazu aufgerufen wird, für die bessere Welt, die wir uns wünschen, zu kämpfen. Die einzige Schranke gegenüber Herrschaft ist unser Widerstand gegen diese Herrschaft! Wir haben die Stärke unserer Aktivisten, die Kraft unserer Argumente und die Schönheit unserer Sicht auf die Welt. Damit werden wir uns dem, was kommt, entgegenstellen. Das ist das Versprechen dieses Kongresses, und wir werden es einlösen, koste es, was es wolle!

Patrick LEBRUN
Generalsekretär der IRW-CGSP

Laurent PIRNAY
Generalsekretär der CGSP

IRW-CGSP-KONGRESS

Am 30. und 31. Mai hat die IRW-CGSP ihren 11. Kongress abgehalten, weniger als zehn Tage vor den Europa-, Föderal- und Regionalwahlen. Ein Kontext, der bei den Reflexionen, dem Austausch und den Forderungen der Instanzen und Mitglieder unserer Interregionalen Gruppe den Ton angab

Ein Gewerkschaftskongress ist immer die Gelegenheit und der Moment für ein brüderliches Zusammentreffen und schafft eine politische Grundlage mit dem Ziel, für die IRW-CGSP, ihre hauptamtlichen Mitarbeiter, ihre Delegierten und vor allem ihre Mitglieder ein Projekt zu präsentieren und zu unterstützen. Es ist auch ein Moment, bei dem die Grenzen zwischen Sektoren und Regionalstrukturen verwischen, um Platz zu schaffen für andere Forderungsbereiche und somit eine Brücke zu schlagen zwischen Gewerkschaftserfahrungen und Arbeitsplatzrealitäten, so wie es auch in den Anträgen zur sektorübergreifenden Unterstützung zum Ausdruck kommt.

Der zweitägige IRW-CGSP-Kongress 2024 führte zu einem reichhaltigen und vielfältigen Gedankenaustausch, der sich an fünf Schlüsselereignissen orientierte: die Wahl des wallonischen Generalsekretärs Patrick Lebrun und des französischsprachigen Generalsekretärs Laurent Pirnay;

- die Präsentation (mit anschließender Abstimmung am nächsten Tag) der politischen Resolutionen der IRW-CGSP (die zuvor in den Sektoren und Regionen diskutiert worden waren), die in diese Sonderausgabe der Tribune aufgenommen wurden;
- eine Diskussionsrunde mit externen Gästen zum Thema Rechtsextremismus am Vorabend wichtiger Wahlen;
- ein Konzert der chilenischen Genossen der Musikgruppe Sarita y los Pinchos (zweite und dritte Generation politischer Exilanten);
- und natürlich die Reden unserer Gewerkschaftsführer.

Das Motto des Kongresses 2024 lautete „Faire vivre les résistances!“ (Den Widerstand entfachen!) Angesichts der politischen Herausforderungen, die uns nach den Wahlen vom 9. Juni erwarten, war es für die IRW-CGSP von grundlegender Bedeutung, ein linkes, politisches Narrativ aufrechtzuerhalten, unser Narrativ, das daran erinnert, dass der öffentliche Dienst in der Umverteilung von Reichtum und Ressourcen die zentrale Nahtstelle ist und für echte Gleichheit sorgt, im Dienste der Bürgerinnen und Bürger, ganz im Gegensatz zu den Vorstellungen der extremen Rechten, die wir immer bekämpfen werden.

PODIUMSDISKUSSION ÜBER EINE GRUNDLEGENDE DEMOKRATISCHE FRAGE



Ein Höhepunkt des Kongresses war die Podiumsdiskussion zum Thema Rechtsextremismus, mit dem Ziel, nach den Wahlen und im Vorfeld künftiger Verhandlungen, allen Teilnehmenden Werkzeuge zur Bekämpfung von Extremrechts an die Hand zu geben. Dieser für die IRW-CGSP so wichtige Kampf gegen Rechtsextremismus, übrigens in dessen Satzung verankert und Gegenstand einer der Resolutionen in 2024, ist gleichermaßen Priorität und Dringlichkeit. Um es mit dem inzwischen gebräuchlichen Schlagwort der Kampagne des Roten Dreiecks - unterstützt durch Les Territoires de la Mémoire - zu sagen: „L'extrême droite c'est toujours non en fait“.

Konzipiert und organisiert wurde die Podiumsdiskussion auf der Grundlage der Resolution zum Rechtsextremismus (siehe Seite 17). Gemeinsam mit Anne Morelli, Historikerin und Honorarprofessorin an der Freien Universität Brüssel, Thomas Franck, Dozent für Rhetorik an der Charlemagne-Hochschule und Hervé Parmentier, stellvertretender Generalsekretär des Centre d'action laïque (Säkulares Aktionszentrum), wollte man den Rechtsextremismus entlarven. Die Veranstaltung wurde von Vaia Demertzis, Referentin für Analysen beim IRW-CGSP, moderiert.

Es wurde daran erinnert, mit welcher Gewalt der italienische Faschismus - der historische Vorgänger aller anderen Faschismen, ein Verwandtschaftsgrad, den Georgia Meloni und ihre Anhänger nicht mal leugnen - eingerichtet wurde. Und wie der antifaschistische italienische sozialistische Abgeordnete von Mussolinis Schergen ermordet

und zum Symbol für die Opfer des Faschismus von gestern und heute wurde (siehe Tribune vom Mai 2024). Auch die Gefahr, die die extreme Rechte für unsere demokratische Gesellschaft darstellen würde, wenn sie an die Macht käme, wurde beleuchtet. In Europa ist dies derzeit keine politische Fiktion mehr: Italien, Ungarn, Finnland, Portugal, die Niederlande - es gibt immer mehr Länder, in denen die Extremrechten potenziell in der Lage wäre, ihre Absichten in die Tat umzusetzen.

Auch der Diskurs von und über Extremrechts war ein Thema, und es gab Erklärungen zu deren Sprachmustern. Trotz des Cordon sanitaire in den französischsprachigen Medien und Politikkreisen wird der Diskurs der extremen Rechten in der öffentlichen Meinung und in einigen anderen politischen Parteien banalisiert. Dabei wurde auf die problematische Diskussionsweise in Form von Analogien hingewiesen, die versucht, die extreme Rechte und die extreme Linke auf eine Stufe zu stellen. Auch wurde eine Verbindung zwischen Faschismus, Kapitalismus und Gewerkschaftsfeindlichkeit hergestellt, bevor die Diskussion schließlich die Reichweite und Bedeutung der Brandmauer gegen die extreme Rechte im heutigen französischsprachigen Belgien betraf.



FLAMMENDE REDEN

Thierry Bodson, Vorsitzender der föderalen FGTB, ergriff gleich zu Beginn das Wort, um die demokratische Arbeit der Kongressteilnehmer zu würdigen. Er freute sich über den fulminanten Sieg unseres Eisenbahnersektors bei den Sozialwahlen, der wesentlich zum Sieg des gesamten FGTB beigetragen hat. Dies ist eine Revanche für all die Gesetzesentwürfe, die wir

aufheben konnten und die unsere gewerkschaftlichen Freiheiten stark einschränken sollten. Letztere werden uns sehr zupass kommen, wenn wir Anfang Juni gegen die Sparmaßnahmen demonstrieren, die uns die Europäische Kommission aufzwingen will. In einer Zeit, in der die Europäische Union einmal mehr den Öffentlichen Dienst und die Sozialhilfeempfänger angreift, werden wir die Notwendigkeit einer Steuerreform hervorheben, bei der die Reichsten unter den Reichen, derzeit noch völlig verschont, stärker zur Kasse gebeten werden.



Jean-François Tamellini, Generalsekretär der wallonischen FGTB, dankte dem Kongress für den Empfang und erinnerte daran, dass die Stärkung des öffentlichen Dienstes das Herzstück des Gesellschaftsprojekts der FGTB sei. Die Herausforderungen bei den Wahlen am 9. Juni seien einfach: Entweder wird der rasende Wett-

lauf der Gier weiter beschleunigt oder aber wir stellen angesichts der sozialen und ökologischen Abgründe, vor denen wir stehen, das Gleichgewicht wieder her. Um dies zu erreichen, wird die wallonische FGTB, wie im Buch «Qui sont les casseurs?» beschrieben, die alles beherrschenden Diskurse des Wirtschaftssystems anprangern. Denn es ist in der Tat möglich, ausgehend von der Wallonie das Gleichgewicht wieder herzustellen und die notwendigen Veränderungen herbeizuführen, trotz der Volksreden haltenden Rechten und der lauenden Rechtsextremen!

In seiner vorletzten Rede in seiner Funktion als CGSP-Präsident sprach Michel Meyer über das, was uns in unserer Organisation vereint, ungeachtet der manchmal vorhandenen politischen Differenzen. Mit einer Prise Humor und einigen Emotionen aufgrund des bevorstehenden Ruhestands – auch wenn er sich weiterhin für den öffentlichen Dienst engagieren wird –, traf er offensichtlich die richtigen Worte, um trefflich zu beschreiben, wer wir, die CGSP-Kameraden, wirklich sind.



DAS IST EIN SCHÖNER NAME, KAMERAD!

In seiner letzten Rede als stellvertretender Generalsekretär der IRW-CGSP lobte Kollege Laurent Pirnay die Kameradschaft, die ihn von Anbeginn an getragen hat, insbesondere die Kameradschaft mit André Mordant und Francis Wégimont. Es ist dieser Kameradschaftsgeist, der das festigt, was uns zusammenhält und uns um unser gemeinsames Projekt versammelt. Er würdigte den Mut derjenigen, die sich nicht für die Zerstörung, sondern für den Aufbau unseres Gesellschaftsprojekts einsetzen, das uns eine bessere Zukunft, fernab von Kolonialismus, Patriarchat und Kapitalismus, verheißt.



Die FGTB verkörpert diese Kraft in Form der einzigen Massenbewegung der Linken, die auf diesen Aufruf reagiert. Diese Kraft wird umso mehr benötigt, als die Wölfe



beginnen, in die Stadt einzudringen. Der Rechtsextremismus steht vor unserer Tür und hat sein Werk der Spaltung, des Hasses, des Rassismus und der Ablehnung des Anderen begonnen. Unser Kongress hat uns an das Erfordernis erinnert, als Verteidiger der Demokratie, den Faschisten stets und überall und den Wind aus den Segeln zu nehmen, nicht nur indem wir sie daran hindern, sich zu versammeln oder ihrer abscheulichen Propaganda entgegenwirken. Sondern indem wir jene Stimme sind, die tatsächlich vorschlägt, gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen und die in der Lage ist, eine Welt der Gerechtigkeit und der Gleichheit neu zu gestalten, und zwar dank effizienter öffentlicher Dienstleistungen. Aus diesem Grund ist unsere gewerkschaftliche Unabhängigkeit der beste Garant für diesen gemeinsamen Kampf, den wir zur Verteidigung des freien Denkens gegen jede Form von Obskurantismus führen.

ALLEZ, CHANTE!

Allez, chante! ist der Titel des Liedes, das von Ami Terrien speziell für diesen IRW-CGSP-Kongress komponiert wurde. Es handelt von unseren Kämpfen, würdigt aber auch jene Kameraden, die wir in den wohlverdienten Ruhestand verabschieden: Michel Meyer und Philippe Leclercq, aber auch Sabine Libert, stellvertretende Generalsekretärin der wallonischen FGTB.

Wir müssen auf Worte auch Taten folgen lassen! Nach den sehr wichtigen Anträgen, die dieser Kongress verabschiedet hat, wird dies unser Leitmotiv sein. Insbesondere der vom Frauenbüro eingebrachte Antrag zur Gleichstellung in unseren Gremien. Daher kündigte Patrick Lebrun an, er werde dem Vorstand anheimstellen, eine Frau, nämlich Monique Simon, sektorübergreifende Sekretärin der Regionalen von Namur, für das Amt der IRW-CGSP Vizepräsidentin vorzuschlagen.

Auch in Bezug auf unsere Resolutionen zum Thema Rechtsextremismus gilt: Nicht nur reden, sondern auch handeln. Daher müssen wir erneut die Bedeutung des lebenslangen Lernens und die Bildungspolitik für unsere Aktivist:innen hervorheben. Die Kompetenz und der Zusammenhalt unseres Animatorenteams wurden gelobt. Aber wir müssen auch unsere Kommunikation verstärken. Und schließlich sollten wir auch unsere Publikation Tribune unbedingt im Fokus behalten, da sich die Kosten für die Postzustellung verdoppeln werden.

GEMEINSAME ERLEBTE KULTUR

Der erste Tag des Kongresses endete mit einem festlichen und kulturellen Moment. Bereits anlässlich des 50. Jahrestag des Allende-Experiments in Chile im September letzten Jahres hatte das Trio Sarita y los Pinchos bei dem wunderbaren Abend in der Cité Miroir ein musikalisches Feuer entfacht. Sarah Marin und die beiden Brüder Luis und Sergio Pincheira, die selbst in Lüttich als chilenische Flüchtlingsfamilien lebten, legten noch eine Schippe drauf und versetzten die Kongressteilnehmer, die von ihrer großartigen musikalischen Darbietung völlig begeistert waren, in Ekstase. Die Musiker schöpften aus dem Repertoire der bekannten lateinamerikanischen Kampflieder wie El pueblo unido und erinnerten uns emotionsreich an Violetta Parra. Es ist das Vermächtnis des Herzens und des Gesangs, wie Victor Jara sagte, die Weitergabe einer heiligen Flamme von einem Hoffnungsschimmer zum nächsten!

Ein weiterer kultureller Beitrag war die Ausstellung chilenischer Plakate, die während des gesamten Kongresses im Diskussionsforum zu sehen war. Vor 50 Jahren beendete ein von der chilenischen Armee unter der Führung von Augusto Pinochet und mit Unterstützung der CIA inszenierter Staatsstreich das demokratische Experiment. Die Erinnerung an diesen Putsch verschleiert oft die Realität hinter der «Unidad Popular» unter der Präsidentschaft von Salvador Allende von 1970 bis 1973. Die Ausstellung Chile 73, die auf diesem Kongress gezeigt wurde, war auch anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Endes des Allende-Experiments im September 2023 in der Cité Miroir ausgestellt. Die IRW zeigte die Ausstellung ebenfalls in ihren Räumlichkeiten in Beez. Sie hilft zu verstehen, wie eine demokratische Bewegung den Wunsch des Volkes nach sozialer Gerechtigkeit erfüllen konnte. Aus diesem Grund lässt die Ausstellung diese Zeit mit einer Sammlung politischer Plakate aus den 1970er bis 1990er Jahren wieder aufleben. Die Ausstellung wurde in den Kongresssaal von Pont-à-Lesse integriert und zeugt somit von der Modernität unseres politischen Projekts, das wir nach wie vor verfolgen und das auch nach fast 20 Jahren rechtsextremer Diktatur nicht zum Schweigen gebracht werden konnte.

Der IRW-CGSP-Kongress hat im Eingangsbereich des Kongresssaales ebenfalls der beispielhaften Ausstellung der Intersektoralen Frauenkommission von Charleroi über die Entwicklung der Frauenrechte vom 19. Jahrhundert



bis heute einen Ehrenplatz eingeräumt. Die Zeitleiste der Ausstellung machte deutlich, wie sehr Frauen bis vor kurzem noch als Bürgerinnen zweiter Klasse betrachtet wurden. Sie fordert uns auf, darüber nachzudenken, wie weit der Weg noch ist, bis dass Frauen die gleichen Rechte wie Männern erhalten. Der Kampf geht weiter, mehr denn je!

AUCH AUF FACEBOOK LIVE UND AUF YOUTUBE

Wenn Sie nicht vor Ort waren, haben Sie vielleicht einen Teil oder den gesamten Kongress über unsere sozialen Netzwerke verfolgt. Die beiden Diskussionstage wurden per Facebook Live und auf unserem YouTube-Kanal live übertragen.

Dies war die Gelegenheit, den Großteil der Debatten und Reden zu verfolgen (oder noch einmal anzuschauen). Wir wollten, dass Sie die Höhepunkte des Kongresses so erleben, als wären Sie dabei gewesen, angefangen mit den



Eröffnungs- und Abschlussreden unseres Generalsekretärs Patrick Lebrun. Die von uns verabschiedeten Resolutionen wurden ebenfalls live vorgestellt, ebenso wie die Debatte über die extreme Rechte, die vor dem Hintergrund den bevorstehenden Wahlen eine echte europäische Herausforderung darstellt. Ebenfalls live übertragen wurden die Reden von

prominenten Gästen wie Jean-François Tamellini, dem Generalsekretär der wallonischen FGTB, der sein Buch „Qui sont les casseurs?“ vorstellte, und Thierry Bodson, dem Vorsitzenden der föderalen FGTB.

Kurzum, dank dieser Übertragungen haben Sie nichts von unserem Kongress verpasst. Aber das ist noch nicht alles! Auf der Plattform von Facebook Live folgte eine ganze Reihe von Gästen aus verschiedenen Bereichen. Sie wurden von der RTBF-Journalistin Pascale Bollekens interviewt und sprachen über verschiedene Themen im Zusammenhang mit unseren Kongressthemen: Rechtsextremismus natürlich, aber auch Gewerkschaftsrechte oder Chile mit einem Rückblick auf die Politik der Unidad popular von Präsident Allende vor dem Staatsstreich vom 11. September 1973, bei dem das Land in eine Diktatur gestürzt wurde. Wir hatten das Vergnügen, die Mitglieder der chilenischen Band Sarita y los Pinchos zu Gast zu haben, die von ihren Erfahrungen als chilenische Exilanten in Belgien, aber auch über ihre Musik erzählten. Diese Musik konnten wir später bei einem Konzert, das ebenfalls live übertragen wurde, vorstellen. Geladene Gäste berichteten über die Arbeit des Frauenbüros der IRW-CGSP, der Technischen Jugendkommission oder der Technischen Kommission der Pensionierten und Frühpensionierten. Es gab auch die Gelegenheit, mit Patrick Lebrun und Laurent Pirnay über die Resolutionen und deren Änderungen zu sprechen und darüber, was die Schwerpunkte unserer Organisation in den kommenden

Jahren sein werden. Oder die Gelegenheit, Ihnen mit Hilfe unserer Videoaufnahmen die Ereignisse, die die Gewerkschaftsgeschichte, die Geschichte der CGSP oder die jüngsten Aktionen und Kämpfe der IRW-CGSP geprägt haben, in Bildern wieder aufleben zu lassen.

Facebook Live war eine Möglichkeit für die IRW-CGSP, Sie so nah wie möglich an der Atmosphäre, aber auch an den Gesprächen, Diskussionen und dem großen Engagement, die einen Kongress immer zu einem außergewöhnlichen Moment im Leben einer Gewerkschaftsorganisation machen, teilhaben zu lassen.



DER KONGRESS AUF VIDEO

Wenn Sie die Höhepunkte unseres 11. Kongresses, der am 30. und 31. Mai im Kastell von Pont-à-Lesse stattfand, sehen oder erneut sehen möchten, dann verpassen Sie nicht die nächsten Videoclips, die wir online stellen werden.

Auf unserer Website finden Sie ebenfalls eine Zusammenfassung in Bildern, die sie eintauchen lassen in die Atmosphäre und die Entscheidungen dieses wichtigen Moments im Leben unserer Organisation. Weitere werden folgen:

Die Eröffnung des Kongresses und die Ansprache von Patrick Lebrun, Generalsekretär des IRW-CGSP;
Die auf dem Kongress verabschiedeten Resolutionen;
Die extreme Rechte und die Podiumsdiskussion;
Die Ansprachen von Jean-François Tamellini, Generalsekretär der wallonischen FGTB, und Thierry Bodson, Vorsitzender der FGTB.

Weitere Informationen finden Sie in den kommenden Wochen in unseren sozialen Netzwerken und auf unserer Website.

KONGRESSRESOLUTIONEN IRW-CGSP 2024

1. ALLGEMEINE EINLEITUNG

Staatsverschuldung, Umwelt und Rechtsextremismus. Das sind die Themen der drei wichtigen Resolutionen, die der Kongress der IRW-CGSP am 31. Mai verabschiedet hat, um gegen Herrschaft, Ungleichheit und Kapitalismus zu kämpfen

Nach unserem ideologischen Kongress 2022, der 12 Resolutionen hervorbrachte, hat die IRW-CGSP beschlossen, die Arbeit des Kongresses 2024 auf drei zusammenhängende Resolutionen auszurichten. Hauptschwerpunkt ist der Kampf gegen die extreme Rechte, auch wenn die Resolution in der Reihenfolge ihrer Einbringung an letzter Stelle steht. Und sie ergibt sich zwangsläufig aus den beiden vorangehenden Resolutionen, die die von Extremrechts vehement verteidigten Privilegien durch die Bekämpfung der durch sie geschaffenen Formen der Dominanz in Frage stellt.

Herrschaft ist eine Art soziale Beziehung, die von Abhängigkeit und Zustimmung der Menschen, auf die sie ausgeübt wird, geprägt ist. Diese Zustimmung ist nicht spontan, sie wird konstruiert! Um sie zu erhalten, setzt die Herrschaft Mechanismen ein, die mit Gehorsam verbunden sind, sei es durch Legitimation oder Ideologie. Die Herausforderung im Zusammenhang mit Herrschaft liegt also vor allem darin, wie Gehorsam erzeugt wird, denn tatsächlich gibt es keine echte Herrschaft ohne ein Mindestmaß an Akzeptanz der in einer Gesellschaft bestehenden Kontrollformen.

So versuchen alle Herrschaftsphänomene, den Glauben an ihre Legitimität aufrechtzuerhalten, um die bestehen-

den sozialen und die herrschende Klasse begünstigenden Strukturen zu sichern. Es gibt eine Art Hegemonie des Denkens, bei der die Kontrolle weniger durch Gewalt als vielmehr durch die Sicherung der Loyalität der Massen und die Beeinflussung ihrer Denkweisen erfolgt. Es gibt also eine Form der Verinnerlichung von Herrschaft, die machtlegitimierenden Einstellungen nach sich zieht.

Man muss dazu sagen, dass es der herrschenden Klasse praktisch nicht mehr möglich ist, die absolut schädlichen Auswirkungen ihrer Politik der Unterwerfung von Mensch und Natur zu verbergen. Das Erwachen der Beherrschten und die unvermeidliche globale Erwärmung sind Nägel im Sarg des Kapitalismus. Wenn die alte Welt zusammenbricht, bleibt ihr nur noch ein Aufbäumen, und dies bedeutet Spaltung. Dies ist das Vorhaben der extremen Rechten, insofern dient sie der herrschenden Klasse.

Gramsci sagte: „Die alte Welt stirbt, die neue erscheint nur langsam, und aus diesem Dämmerlicht tauchen die Monster auf.“ Und in diesem Hell-Dunkel ist es unsere Aufgabe, alle unsere Mitglieder zum Nachdenken anzuregen, damit alle in der Lage sind, zu handeln.



2. STAATSVerschULDUNG

Die Staatsverschuldung ist ein wichtiges Thema und muss mit ausreichender Ernsthaftigkeit analysiert werden. Doch ein Bruch mit der geltenden Denkweise ist von entscheidender Bedeutung, und dieser Bruch bedeutet, dass eingreifende Maßnahmen in Bezug auf das Thema Schulden und deren bedenkenlose Tilgung getroffen werden müssen. Auch wenn es besser ist, die sozioökonomische Entwicklung über Ressourcen zu finanzieren, die keine Schulden verursachen, kann die Staatsverschuldung für die öffentliche Hand ein wichtiges Finanzierungsinstrument sein.

Doch es gilt die Feststellung, dass die Staatsverschuldung seit Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten kein Instrument im Dienst der sozialen Gerechtigkeit ist, sondern vielmehr ein sehr einträgliches Geschäft für die Großbanken und eine Waffe der massiven Zerschlagung der öffentlichen Dienstleistungen und unserer sozialen Errungenschaften. Die Staatsverschuldung ist ein mächtiger Mechanismus, der Reichtum zugunsten der Kapitalbesitzer transferiert, die insbesondere über die Verzinsung einen erheblichen Teil des von den Arbeitnehmern erwirtschafteten Reichtums abschöpfen. Dieser Mechanismus hat beträchtliche Mittel abgezogen, die für eine sozial nützliche und ökologisch nachhaltige Politik hätten verwendet werden können.

Darüber hinaus wird die Verschuldung seit Jahrhunderten auch als politisches Instrument zur Beherrschung von Staaten eingesetzt. Seit der Finanzkrise von 2008 haben alle EU-Regierungen im Namen des Schuldenabbaus und der Senkung des Staatsdefizits massive Kürzungen bei den öffentlichen Diensten vorgenommen, strategische und/oder profitable öffentliche Unternehmen privatisiert, das öffentliche Gesundheitssystem abgebaut und eine Offensive gegen die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der BürgerInnen gestartet.

Die IRW-CGSP stellt den Mythos in Abrede, demzufolge das Vorhandensein von Staatsschulden eine Belastung für zukünftige Generationen darstelle. Die Existenz von Staatsschulden ist ein politisches und ein soziales Problem, das die Kapitalbesitzer in Opposition zur restlichen Bevölkerung bringt. Es handelt sich also nicht um einen Generationenkonflikt, sondern um einen sozialen Konflikt!

1. DIE ÖFFENTLICHEN AUSGABEN MÜSSEN STEIGEN!

Die öffentlichen Ausgaben für die Bereiche Soziales, öffentlicher Dienst, Infrastruktur oder zugunsten von produktiven Investitionen waren nicht zu hoch. Im Gegenteil, diese Ausgaben müssen nicht nur aufrechterhalten werden – insbesondere, weil sie eine entscheidende Rolle als wirtschaftlicher und sozialer Puffer spielen und weil es eben genau diese Ausgaben waren, die die Folgen der unterschiedlichen Krisen abgefedert haben - sondern sie müssen sogar stark angehoben werden.

Die IRW-CGSP erinnert daran, dass die öffentlichen Ausgaben keine Abschöpfung aus dem produzierten nationalen Reichtum darstellen, sondern dass sie massiv an der Schaffung von sozialem und wirtschaftlichem Reichtum beteiligt sind. Es ist dringend erforderlich, die staatlichen Ausgaben zu erhöhen und Aufgaben wieder zu verstaatlichen!

Die IRW-CGSP erinnert daran, dass Haushalts- und Rechnungslegungsstandards in erster Linie politische Entscheidungen sind und als solche anfechtbar sind.

2. ERHÖHUNG DER STAATLICHEN





EINNAHMEN

Von einer Legislaturperiode in die nächste haben die Regierungen Reformen durchgeführt, die die Staatseinnahmen verringert (oder deren Anstieg verlangsamt) haben. Die in den letzten Jahrzehnten angehäuften Defizite sind in erster Linie das Ergebnis einer Einnahmenkrise und nicht einer Ausgabenkrise.

Es geht also darum, die öffentlichen Einnahmen stark zu erhöhen, um soziale Gerechtigkeit und einen ökologischen Übergang zu finanzieren, der diesen Namen verdient.

Nach Ansicht der IRW-CGSP gibt es viele Möglichkeiten, die Einnahmen zu erhöhen, ohne Schulden zu machen und ohne die ArbeitnehmerInnen zur Kasse zu bitten.

Die IRW-CGSP fordert daher eine ehrgeizige Steuerpolitik:

- Erhöhung der Steuerprogression, Globalisierung der Einkommen und Mut zu Überlegungen hinsichtlich eines Maximaleinkommens (5 Mrd.)
- Einführung einer Solidaritätssteuer auf Vermögen (6 Mrd.)
- Bekämpfung von Steuerbetrug und Finanzkriminalität (5 Mrd.)
- Erhöhung der Steuer auf Unternehmensgewinne (4 Mrd.)
- Besteuerung von Kapitalgewinnen an der Börse (3 Mrd.)
- Angemessene Besteuerung von Dividenden (1 Mrd.)
- Einführung einer Steuer auf alle Überprofite (5 Mrd.)
- Eine zusätzliche Steuer auf Banken (1 Mrd.), wobei darauf zu achten ist, dass die Kosten nicht auf die Bürger abgewälzt werden.
- Überprüfung der Katasterwertanpassung, so dass die Gleichheit zwischen den Bürgern gewährleistet werden kann.

3. MORATORIUM UND EINFRIEREN DER ZAH- LUNG VON SCHULDZINSEN WÄHREND 3 JAHREN

Vor dem Hintergrund der beispiellosen Krise müssen wir über beispiellose Lösungen nachdenken.

Die IRW-CGSP fordert für die nächsten Jahre einen Erlass (oder eine Senkung um 50%) der Zinszahlungen auf die Verschuldung der Wallonie.

Eine solche Maßnahme würde der Wallonischen Region zwischen 300 und 600 Mio. EUR pro Jahr zur Verfügung stellen. Diese Mittel könnten beispielsweise für die Beschleunigung des wallonischen Plans zur Renovierung des öffentlichen Wohnungsbaus oder für andere Ausgaben zur Wiederbelebung der wallonischen Wirtschaft auf einer gesunden und nachhaltigen Grundlage verwendet werden.

4. AUSSETZUNG, PRÜFUNG, ERLASS UND UM- STRUKTURIERUNG VON SCHULDEN

Zu behaupten, eine Staatsschuld müsse immer beglichen werden, zeugt von schlechter Kenntnis des internationalen Rechts. Einerseits, weil eine Schuld ein Vertrag zwischen zwei Parteien ist, und wie bei jedem Vertrag müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden, damit dieser gültig ist. Andererseits stellen viele internationale Abkommen und Verträge klar, dass Menschenrechte den Rechten von Gläubigern übergeordnet sind. Das internationale Recht und die Rechtsprechung zur Durchsetzung internationaler Vereinbarungen und Verträge erkennen an, dass eine grundlegende Änderung der Umstände die Erfüllung eines Vertrages verhindern kann. Im Falle der gegenwärtigen Krise haben sich die Umstände unabhängig vom Willen des Schuldners grundlegend geändert: eine sehr schwere und sich ausbreitende Epidemie; ein starker Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität.

Die IRW-CGSP bekräftigt erneut, dass sie jede Regierung unterstützen wird, die beschließt, die Zahlung der Schulden auszusetzen, mit der folgenden Strategie und den folgenden Zielen:

Begleitung der Aussetzung durch eine Prüfung unter Bürgerbeteiligung

Eine gründliche, transparente und demokratisch kontrollierte Untersuchung muss Licht in die Verschuldung Belgiens bringen. Daher fordert die IRW-CGSP die Einsetzung - in Belgien und anderswo - eines Ausschusses zur Prüfung der Staatsschulden auf föderaler, wallonischer und gemeinschaftlicher Ebene -, der untersuchen sollte, ob die von der öffentlichen Hand aufgenommenen Schulden nicht verabscheuungswürdig, illegitim oder illegal sind¹.

1. Unhaltbare Schulden sind Schulden, deren Rückzahlung die Regierung daran hindert, ihre Verpflichtungen in Bezug auf die Grundrechte (Recht auf Bildung, Gesundheit, ...) zu erfüllen.
2. Verabscheuungswürdige Schulden sind Schulden von Diktaturen oder Schulden, die gegen die Interessen der Bevölkerung verwendet werden und bei denen der Gläubiger darüber im Bilde ist oder es sein könnte.
3. Illegale Schulden sind Schulden, die gegen die Verfassung oder die geltenden Vertragsgesetze verstoßen.
4. Illegitime Schulden sind Schulden, die nicht dem allge-

1. Für weitere Informationen siehe insbesondere Olivier Bonfond, Eric Toussaint und Mats Lucia Bayer, „Quels sont les 4 types de dettes publiques qui ne se remboursent pas ?“, www.cadtm.org.



meinen Interesse, sondern einer privilegierten Minderheit zugutekommen. Der Begriff der illegitimen Schulden wurde in den letzten Jahren wiederholt verwendet, um Schuldenerlasse zu rechtfertigen.

Schuldenerlass und Umschuldung erreichen

Diese unabhängige Prüfung sollte zu einer Streichung jener Schulden führen, die als illegal oder verabscheuungswürdig eingestuft werden, und zu einer Umstrukturierung der verbleibenden Schulden, die eine Verlängerung der Rückzahlungsdauer, eine Senkung der Zinssätze und eine Streichung eines Teils des Schuldenbestands beinhaltet.

Schutz der Einlagen von Kleinsparern

Bei jedem Erlass von Staatsschulden müssen die Kleinsparer, die ihre Ersparnisse in Staatsanleihen angelegt haben, sowie die Arbeitnehmer und Rentner, deren Sozialversicherungsbeiträge (Renten-, Arbeitslosen, Kranken- und Familienversicherung) von Institutionen oder Einrichtungen teilweise in diese Art von Wertpapieren angelegt wurden, geschützt werden.

5. STREICHUNG DER ÖFFENTLICHEN SCHULDEN DER EZB

Die IRW-CGSP fordert die Löschung aller Staatsanleihen, die die Europäische Zentralbank (EZB) auf dem Sekundärmarkt aufgenommen hat, aus ihrer Bilanz.

Diese Maßnahme ist technisch machbar und würde zu einer sofortigen Verringerung der Schuldenlast führen und die verfügbaren Ressourcen zur Bewältigung der Krise und zur Tüchtigkeit der notwendigen Investitionen für mehr soziale Gerechtigkeit und den ökologischen Wandel stark erhöhen.

6. WIEDERERLANGUNG DER KONTROLLE ÜBER DIE FINANZIERUNGSPOLITIK DER STAATEN

Reform der EZB

Anstatt gigantische Mengen an Liquidität in die Banken zu pumpen in der naiven Hoffnung, dass diese damit die Realwirtschaft finanzieren, muss Artikel 123 des Vertrags von Lissabon gestrichen und der EZB erlaubt werden, den Staaten zinslose Direktkredite zu gewähren, was eine Revision der europäischen Verträge erfordert.

Übernahme des Bankensektors

Das IRW-CGSP fordert:

- die Sozialisierung von Belfius, so dass die Bank einen öffentlichen Auftrag erhält und die Finanzierung des ökologischen Wandels sowie die Refinanzierung der Verschuldung bei der EZB mit 0% Zins möglich wird;
- die Schaffung einer wallonischen Staatsbank, die mit einem neuen öffentlichen Auftrag versehen würde: Kredite und Spareinlagen im Dienst der Beschäftigung, der Ausbildung, der wirtschaftlichen Entwicklung und des Umweltschutzes, zur Überwindung der Krise und des Einflusses der Finanzmärkte;
- die Einrichtung eines staatlichen Bankengremiums. Im Konkurrenzkampf mit einer globalisierten Weltfinanz kann eine staatliche Bank nicht „mithalten“. Daher wäre es sinnvoll, einen Schritt weiter zu gehen und eine echte staatliche Bankeneinrichtung zu gründen;
- die Trennung von Einlagenbanken (Banken, die Ersparnisse von Privatpersonen entgegennehmen und Kredite

an Haushalte und KMUs vergeben) und Geschäftsbanken (Banken, die Kapital leihen, um es an der Börse zu investieren). Einlagenbanken dürften nur Kredite an Privatpersonen, Unternehmen und die öffentliche Hand vergeben. Es wäre ihnen untersagt, auf den Finanzmärkten tätig zu werden, was ihre finanzielle Solidität erhöhen würde. Sie sollten im Übrigen die einzigen sein, die eine staatliche Garantie erhalten. Geschäftsbanken würden keine staatliche Garantie erhalten und im Falle eines Konkurses würden die Verluste vollständig vom privaten Sektor, angefangen bei den Aktionären, getragen. Diese Maßnahme ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Schutz der Einlagen der Sparer und die Wiederherstellung der politischen Souveränität der Staaten und muss daher durch ein verbindliches Gesetz vorgeschrieben werden (wie es die US-Regierung nach der Krise von 1929 mit dem Glass-Steagall Act tat).

Umverteilende Einziehung von Ersparnissen

- Die Herausgabe von Staatsanleihen auf wallonischer Ebene mit dem Ziel, unsere Abhängigkeit von den Finanzmärkten zu verringern, den Sparern eine attraktive Anlagemöglichkeit zu bieten und neue Ressourcen zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen und des ökologischen Wandels freizusetzen.
- Die Organisation einer „Zwangsanleihe“ zum Nullsatz für Banken und die höchsten Vermögen, die die Kapitalbesitzer dazu zwingt, der öffentlichen Hand Kredite zum «Nullsatz» zu gewähren.

- Die Einführung eines Sparbuchs „Livret A“, wie es in Frankreich existiert.

Bruch mit dem europäischen Haushaltsrahmen

Die IRW-CGSP fordert, dass Investitionen in Sektoren, die für die Entwicklung und Entfaltung zukünftiger Generationen wichtig sind, wie Bildung, Kinderbetreuung, Kultur und Gesundheit, aber auch öffentliche Verkehrsmittel und erneuerbare Energien, nicht in das öffentliche Defizit oder die Staatsverschuldung eingerechnet werden.

7. SOFORTIGER UND BEDINGUNGSLOSER SCHULDENERLASS FÜR DIE SÜDLICHEN LÄNDER

Die IRW-CGSP fordert einen sofortigen und bedingungslosen Schuldenerlass für die südlichen Länder.

Belgien muss sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um einen vollständigen Schuldenschnitt für den Süden zu erreichen. Doch zunächst sollte Belgien seine Hausaufgaben machen und seine Forderungen gegenüber den südlichen Ländern erlassen. Ein Vorstoß in diese Richtung würde lediglich eine Reihe von Verpflichtungen konkret erfüllen, die Belgien bereits eingegangen ist.



3. UMWELT

Das Thema Umwelt ist nicht mehr nur ein Thema, das am Rande der Gewerkschaftsdebatten gestreift wird, sondern es bestimmt mittlerweile unsere Handlungspraktiken, unser Engagement und die von uns geführten Verhandlungen. Die Umweltkrise ist eine soziale Herausforderung und muss Gegenstand einer integrativen Einbindung der unterschiedlichen Bestandteile unserer Gesellschaft sein, insbesondere durch die Gewerkschaften in ihrer Rolle als Gegenmacht und dank ihrer Beteiligung am sozialen Dialog und anderer Foren.

Da man die Beschäftigten nicht losgelöst von ihrer Umgebung (Arbeits- und Lebensumfeld) betrachten kann, muss man ihnen auch die Möglichkeit geben, die ökologischen Herausforderungen durch die Beschäftigtenbrille und vor dem Hintergrund der am Arbeitsplatz bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu begreifen. Denn ihre Erfahrungswerte sind entscheidend, wenn es darum geht sicherzustellen, dass der erforderliche Wandel nicht auf Kosten der Schwächsten, der Armen oder der Nicht-Vertretenen erfolgt. Auch ihre Interessen müssen in dieser wichtigen politischen und sozioökonomischen Phase vertreten sein.

Aus diesem Grund plädiert die IRW-CGSP für die Mobilisierung der Masse der Arbeitnehmer, um die Ursache der Krise - Kapital(ismus) - zu bekämpfen.

1. VERWIRKLICHUNG EINES „GERECHTEN ÜBERGANGS“, DER SOZIAL UND GLEICHBERECHTIGT IST

Belgien muss eine ehrgeizigere Klimapolitik verfolgen, die mindestens dem europäischen Klimaziel entspricht, wonach die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 60% im Vergleich zu 1990 und bis 2040 um mindestens 90% reduziert werden müssen.



Der europäische Green Deal bietet einige interessante Perspektiven, dennoch fordert die IRW-CGSP, dass er die Verringerung der Ungleichheiten (insbesondere der ökologischen), die das Herzstück eines gerechten Übergangs bilden, und die öffentliche Hand als Hauptakteur einbezieht, insbesondere durch strategische Investitionen, die bei der Berechnung von Defizit und Verschuldung von allen Rechnungslegungsstandards befreit sind.

Die IRW-CGSP ist gegen einen Klimawandel, der auf Marktmechanismen basiert, wie etwa die Vorschläge für eine CO₂-Steuer oder einen Markt für CO₂-Zertifikate. Sie fordert insbesondere eine Reform der progressiven Besteuerung und die Bekämpfung von Steuerbetrug.

Um aus dieser Wachstumslogik auszubrechen und Wachstum auf andere Weise, durch öffentliche Dienstleistungen, zu erreichen, fordert die IRW-CGSP daher die Entwicklung und Nutzung anderer Indikatoren seitens der Politik, alternativ zum BIP.

Die IRW-CGSP fordert, dass jedes Gesetz und jedes öffentliche Infrastrukturprojekt im Vorfeld und im Nachhinein auf seine ökologische und soziale Relevanz für heutige und zukünftige Generationen geprüft wird.

Ein „gerechter Übergang“ muss das Ergebnis einer aktiven und anerkannten Einbindung der Sozialpartner - insbesondere der Gewerkschaften - und der Feinabstimmung von Klima- und Umweltplänen auf öffentlicher, sektoraler und (staats)betrieblicher Ebene sein.



2. DEM STAAT MITTELS VERGESELLSCHAFTUNG UND/ODER VERSTAATLICHUNG STRATEGISCHER SEKTOREN SEINE AUFGABE ALS ÖFFENTLICHE MACHT ZURÜCKÜBERTRAGEN

Die Umweltkrise betrifft vor allem Sektoren, die für das Leben der ArbeitnehmerInnen von entscheidender Bedeutung sind: Energie, Wasser, Transport, Wohnen und Nahrungsmittel. Die IRW-CGSP erinnert daran, dass die Dringlichkeit radikaler Maßnahmen in diesen Sektoren wissenschaftlich belegt ist und ruft daher zum Aufbau einer Bewegung auf, die darauf abzielt, diese strategisch wichtigen Sektoren unter staatliche Kontrolle zu bringen, um sie zu dekarbonisieren und zu entkommerzialisieren.

Angesichts der ungezügelter Privatisierung und Liberalisierung staatlicher Dienstleistungen während der letzten dreißig Jahren fordert die IRW-CGSP:

- Der Schutz von Wasser und Luft als öffentliches Gemeingut, dessen Zugang für alle garantiert werden muss, insbesondere durch eine Rekommunalisierung des Wassers;
- Eine Erhöhung der Investitions- und Betriebsmittel von SNCB und Infrabel. Darüber hinaus darf die Eisenbahn nicht liberalisiert und privatisiert werden;
- Eine Prüfung des europäischen Energiemarkts. Energie muss als öffentliche Dienstleistung und Recht und nicht als Marktprodukt betrachtet werden. Die staatliche Kontrolle über die Preisgestaltung in der Branche muss verstärkt werden, wobei die Preise für Unternehmen auf EU-Ebene harmonisiert werden müssen;
- Die Infragestellung der Liberalisierung der Energieversorgung. Es sollte einen staatlichen Energieversorger geben als einziger zusätzlicher Versorger neben den

- genossenschaftlichen Energieversorgern. Die Bürger müssen weiterhin die Möglichkeit haben, mit dem staatlichen Versorger einen Festpreisvertrag abzuschließen;
- Es muss eine staatliche Energiegesellschaft eingerichtet werden;
- Die Vergesellschaftung von Belfius, die Schaffung eines staatlichen Bankengremiums und einer regionalen Staatsbank zur Finanzierung des ökologischen Übergangs.

3. INVESTITIONEN MIT ÖFFENTLICHEN GELDERN IM SINNE DES ALLGEMEINEN INTERESSES

Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, sind mehr öffentliche Investitionen in öffentliche Dienstleistungen erforderlich, insbesondere in den Transport und den öffentlichen Wohnungsbestand, aber auch in die Renovierung von Stadtvierteln.

Ein paritätisch besetzter Nationaler Investitionsrat sollte eingerichtet werden. Mit der Unterstützung von Experten und Organisationen der Zivilgesellschaft sollte dieser Rat das Niveau der öffentlichen Investitionen, die Auswahl der Investitionsprojekte durch die Föderalregierung und die Umsetzung der Projekte überwachen. Die Belfius Bank muss vollständig in öffentlicher Hand bleiben, einen öffentlichen Auftrag erhalten sowie das Mandat, die Speerspitze einer sozial-ökologischen Investitionswelle zu werden.

Die Schaffung einer staatlichen Regionalbank in der Wallonie könnte eine zentrale Rolle in dieser Dynamik spielen, indem sie die Ersparnisse der Bürger sammelt und sie für die Finanzierung von Projekten mit hohem sozialen Mehrwert und einem Beitrag zum ökologischen Wandel einsetzt.

4. AKTIVE BEKÄMPFUNG VON ENERGIEPREKARITÄT UND SOZIALER UNSICHERHEIT

Jede diesbezügliche Politik der öffentlichen Hand muss so konzipiert sein, dass sie die Umsetzung einer Energiewende ermöglicht, einhergehend mit einer Verbesserung der sozialen Situation, insbesondere durch die Gewährleistung des Zugangs zu und der Inanspruchnahme von Rechten für alle Begünstigten.

Zur Bekämpfung von Energiearmut, fordert die IRW-CGSP:

- Progressive Energiepreise;
- Isolierungsmaßnahmen in privaten und öffentlichen Wohnungen, einschließlich Sozialwohnungen, durch öffentliche Beschäftigung und Finanzierung, wobei insbesondere das Modell der Renovierungsprämien überarbeitet werden sollte;
- Stärkung der und Investitionen in die Prävention im Bereich der körperlichen und geistigen Gesundheit.

5. ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE AN DIE EINHALTUNG VON SOZIAL- UND UMWELTSTANDARDS KNÜPFEN

Öffentliche Aufträge müssen soziale, ethische und ökologische Klauseln enthalten, die positive und nachhaltige Auswirkungen auf die gesamte Bevölkerung haben, insbesondere:

- die Gewährung staatlicher Beihilfen zugunsten des kommerziellen Sektors von dessen Einhaltung bestimmter Sozial-, Umwelt-, Ethik- und Antidumpingklauseln abhängig machen;
- die Forderung an die Föderalregierung richten, die Verwendung solcher Klauseln in nationale Gesetze einzubetten, so dass sie verbindlich werden;
- Systematische Einbeziehung von Sozialklauseln in Dienstleistungsaufträge (und nicht mehr ausschließlich in Bauaufträge);
- die Vergabegrundsätze für öffentliche Aufträge anpassen, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer, die unter unterschiedliche Sozialschutzsysteme fallen, gegeneinander ausgespielt werden;
- das Kriterium des niedrigsten Preises abschaffen und durch die Kriterien der Qualität der zu erbringenden Arbeit (Leistungen oder Waren), der Qualität der

Beschäftigung und der Ausbildung der Arbeitnehmer zu ersetzen;

- Ausbau des Rahmens, der Kontrolle und der Sanktionen hinsichtlich der effektiven Anwendung der Klauseln;
- die Sozialpartner eng in die Verhandlungen über Maßnahmen zur administrativen Vereinfachung der Verfahren und zur Maximierung der Auswirkungen für die Wallonie einbeziehen.

Es ist ferner notwendig, eine öffentliche Kontrollinstanz einzurichten, die die Einhaltung der in den Klauseln festgelegten Kriterien überprüft, indem sie den Rahmen, die Kontrolle und die Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung oder Nichtanwendung dieser Klauseln verstärkt.

Die IRW-CGSP fordert auch die Einrichtung einer wallonischen Beobachtungsstelle für das öffentliche Auftragswesen, unter paritätischer Verwaltung seitens der öffentlichen Hand und der Sozialpartner, als Beitrag zur Bekämpfung von unlauterem Wettbewerb und Sozialdumping.

6. SCHUTZ DER BÜRGER UND ARBEITNEHMER VOR UMWELTVERSCHMUTZUNG

Die IRW-CGSP ist folgender Auffassung:

- Die Unternehmen, einschließlich der Staatsbetriebe, müssen mehr Verantwortung für ihre negativen externen Folgewirkungen übernehmen (d.h. die negativen Auswirkungen ihrer Produktion, die von der Allgemeinheit getragen werden, wie z.B. Umweltverschmutzung oder Verkehrsstau);
- Es müssen strengere Normen für den Schutz am Arbeitsplatz, Industrieabwässer und die Verwendung von landwirtschaftlichen Betriebsstoffen eingeführt werden;
- Es ist erforderlich, die oben genannten Maßnahmen zu überwachen, mehr Mittel für die effektive Überwachung der Einhaltung der bereits bestehenden Bestimmungen zu erhalten und Sanktionen für die Nichteinhaltung dieser Maßnahmen vorzusehen;
- die Unabhängigkeit von toxikologischen Studien und von Forschungsergebnissen über die Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf die Biosphäre und die menschliche Gesundheit muss gewährleistet sein; das Vorsorgeprinzip muss angewandt werden, um die Sicherheit der Arbeitnehmer zu gewährleisten.



4. EXTREMRECHTS



Im aktuellen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kontext ist es dringend erforderlich und wesentlich, daran zu erinnern, dass die IRW-CGSP radikal antifaschistisch ist und den Rechtsextremen ein entschiedenes und endgültiges «Nein» entgegensetzt. Antifaschismus ist Teil der DNA der Gewerkschaftsbewegung, die allem Gedankengut, den Parolen, Forderungen und Taten der extremen Rechten Widerstand entgegengesetzt hat, entgegengesetzt und entgegengesetzt wird. Dieser wachsame Widerstand, der die gesamte wallonische Zivilgesellschaft einbezieht, ist im Übrigen und anerkanntermaßen einer der Gründe, die das Fehlen einer strukturierten extremen Rechten in der Wallonischen Region erklären. Dies gilt ungeachtet der jüngsten Versuche, eine glaubwürdige und einheitliche politische Kraft in der Wallonie (wieder) aufzubauen, und die wir vor dem Hintergrund der zunehmenden Prekarität und der Veralltäglichung rechtsextremer Ideen sehr ernst nehmen.

Die faschistische Bedrohung ist nicht verschwunden, sondern erstarkt fast überall, in Europa und weltweit. Wir können nicht tatenlos bleiben und zusehen, wie sich Spaltung, Abschottung und Rassismus wie Gift ausbreiten. Die Vorschläge der rechtsextremen Organisationen sind Fallen und Lügen, die wir aufdecken und entlarven müssen. Sie stehen im Widerspruch zu unserer Vision einer gerechteren und gleichberechtigten Welt, für die wir seit jeher eintreten.

Dieser Kampf muss verstärkt werden. Sicher ist einzig, dass Untätigkeit unsererseits das Schicksal und die Zukunft dieser Welt besiegeln würde. Unsere Mobilisierung muss das Ergebnis eines kulturellen Kampfes sein, der die Herausforderungen klar umreißt, die Diskurse analysiert, die Geschichte in Erinnerung ruft und den Kampf für die bessere Welt, die wir uns wünschen, organisiert. Unsere Kongressbeschlüsse rufen unermüdlich zu dieser ideologischen und praktischen Aufrüstung auf!

1. UNVEREINBARKEIT DER MITGLIEDSCHAFT

Gemäß ihrer Satzung erinnert die CGSP daran, dass die Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zu einer antidemokratischen Organisation oder mit offen rassistischen und/oder fremdenfeindlichen Handlungen. Die IRW-CGSP ruft alle Gremien zur Wachsamkeit auf, damit solche Handlungen den zuständigen Instanzen zur Kenntnis gebracht werden.

Die IRW-CGSP erinnert daran, dass Artikel 14 der CGSP-Satzung Verfahren für den Ausschluss von Mitgliedern vorsieht, die sich eines solchen Verhaltens schuldig gemacht haben.

Die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts ist im weitesten Sinne zu verstehen und schließt die Nutzung sozialer Netzwerke ein.

2. DER BANALISIERUNG RECHTSEXTREMER ÄUSSERUNGEN ENTGEGENWIRKEN

Die Veralltäglichung und Banalisierung von rechtsextremen Ideen finden überall statt. Die IRW-CGSP wird nicht zögern, sich ihnen entgegenzustellen und, wann immer sie rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische, islamophobe, revisionistische, aporophobe, weiß-suprematistische, maskulinistische, sexistische, homophobe, transphobe, reaktionäre, ultra-autoritäre Ideologien hört, sie als solche zu entlarven.

3. WIR WERDEN UNS WEHREN

Die IRW-CGSP wird die Versuche der extremen Rechten, die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften dahingehend zu beschneiden, indem sie ihnen u.a. die Rechtspersönlichkeit aufzwingen, ihnen das Recht absprechen, Arbeitslosengeld zu zahlen, oder das Streikrecht einschränken,

entlarven. Die IRW-CGSP wird sich mit aller Kraft gegen diese Destabilisierungsversuche wehren.

4. KEINE GESPRÄCHE MIT DER EXTREMEN RECHTEN

Außerhalb eines offiziellen Verhandlungs- oder Beratungsgremiums lehnt die IRW-CGSP Gespräche mit Parteien ab, die rechtsextremes Gedankengut vertreten.

5. WACHSAMKEIT GEGENÜBER ANTIFASCHISMUS

Die IRW-CGSP verpflichtet sich zu permanenten Aktionen, insbesondere ausgehend von ihren Regionalstellen, um rechtsextremem Gedankengut entgegenzuwirken, egal woher es kommt. Diese Aktionen werden in jeder Wahlperiode und wann immer es die Nachrichtenlage erfordert, intensiviert. Die IRW-CGSP unterstützt die Maßnahmen zur antifaschistischen Koordination, der es gelungen ist, Versammlungen rechtsextremer Organisationen zu stören oder sogar zu verhindern. Diese reaktive und radikale antifaschistische Strategie muss auf Gewerkschaftsebene verstärkt und koordiniert werden, vor dem Hintergrund, dass die extreme Rechte unweigerlich ihre Versuche, sich auszubreiten, weiter ausbauen wird.

Die IRW-CGSP begrüßt, dass Charleroi die erste wallonische Stadt ist, die offiziell den Antrag als eine „antifaschistische Stadt“ stellt, indem sie alle rechtsextremen und diskriminierenden Ausdrucksformen auf ihrem Gebiet verbietet.

Die IRW-CGSP wünscht eine Ausweitung dieser Initiative auf ganz Wallonien, wodurch diese die erste antifaschistische Region in Europa würde.

6. SÄKULARISMUS VERTEIDIGEN

Die IRW-CGSP betont einmal mehr ihre Verbundenheit mit den Werten des Laizismus. Durch die Trennung von Religion und Staat garantiert der Laizismus die Gleichheit aller Bürger, unabhängig von ihren Überzeugungen. Dieser Grundsatz fördert das „Zusammenleben“ und beschränkt identitäre Abschottung. Die IRW-CGSP ist daher empört, dass die extreme Rechte versucht, die Grundlagen dieses Prinzips für ihre auf Ungleichheit und Rassismus basierende Ideologie zu missbrauchen. Der Laizismus hat nicht das Ziel, die Grundfreiheiten einzuschränken, sondern - im Gegenteil - sie zu garantieren.

Die IRW-CGSP wiederholt ebenfalls ihr Engagement für die Neutralität im öffentlichen Dienst.

7. VERTEIDIGUNG VON MIGRANTENRECHTEN

Die IRW-CGSP ist dem Universalismus der Menschenrechte verpflichtet, verteidigt die Rechte von Ausländern und kämpft gegen Menschenhandel und Schmuggel. Sie will Kampagnen für die Menschenrechte von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten unterstützen.

8. VERTEIDIGUNG DER FRAUENRECHTE

In Anbetracht der Begeisterung der rechtsextremen Bewegungen für das Patriarchat, betont die IRW-CGSP, dass sie sich täglich für die Werte des Feminismus einsetzt, u.a. durch ihre konkrete Teilnahme am Kampf der Frauen sowohl für berufliche Gleichstellung als auch gegen alle Formen von Diskriminierung und Belästigung.





9. VERTEIDIGUNG DES SELBSTBESTIMMUNGSRECHTS DER MENSCHEN

Die IRW-CGSP ist höchst wachsam in Bezug auf Diskriminierung gegenüber LGBTQIA+ Personen. Die IRW-CGSP hat sich den Werten des Humanismus und des Laizismus verschrieben und verteidigt das Recht auf Selbstbestimmung, insbesondere das Recht auf Abtreibung.

10. VERTEIDIGUNG DER RECHTE VON MENSCHEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNG

Die IRW-CGSP setzt sich weiterhin aktiv für eine wahrhafte Integrationspolitik gegenüber Personen mit Beeinträchtigungen ein.

11. AUFRECHTERHALTUNG DER POLITISCHEN UND MEDIALEN BRANDMAUERN

Die IRW-CGSP tritt für die Beibehaltung und Stärkung des frankophonen medialen und politischen Cordon sanitaire ein. In diesem Zusammenhang möchte die IRW-CGSP die französischsprachigen Politiker daran erinnern, dass die politische Brandmauer auch für die Teilnahme französischsprachiger Politiker an Sendungen im flämischen Rundfunk gilt.

12. VERTEIDIGUNG DER PLURALITÄT UND MEDIENVIELFALT

Die IRW-CGSP verteidigt den Pluralismus und die Vielfalt der Medien sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung. Mehr denn je unterstützt sie die journalistische Unabhängigkeit der Redaktionen in einer Zeit, in der die

Pressekonzentration zunimmt und die Verbreitung falscher Informationen den Nährboden bildet für die der Demokratie abträglichsten Ideen. Unter diesen Umständen fordert die IRW-CGSP die Einrichtung von Ernennungsverfahren für Journalisten im öffentlichen Sektor, so dass die Mindestvoraussetzungen für die Ausübung des Journalistenberufs wiederhergestellt werden, da dieser als die vierte Gewalt für jeden Staat, der sich als demokratisch versteht, unverzichtbar ist.

13. FÜR DIE WEITERGABE DER ERINNERUNG

Die IRW-CGSP misst der Weitergabe der Erinnerung an den Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus große Bedeutung bei. Sie fordert daher, dass in unserem Bildungswesen dem Unterricht in Zeitgeschichte und den Werten, die nach dem Krieg im Sozialpakt verankert wurden, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Um dies in die Praxis umzusetzen, setzt sich die IRW-CGSP dafür ein, den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag zum Gedenken an den Sieg über den Nationalsozialismus, die Bestätigung demokratischer und humanistischer Werte und den Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu fördern.

In diesem Sinne wird das IRW-CGSP Vereinigungen unterstützen, die - wie die Territoires de la Mémoire, die Cité Miroir, La Cible asbl... - an die Vergangenheit erinnern und die Beteiligung aller am Aufbau einer toleranten Gesellschaft, die die Grundfreiheiten garantiert, fördern.

In diesem Zusammenhang erinnert die IRW-CGSP an die Bedeutung von Bildung, denn der Kampf gegen Rechts extremismus besteht auch darin, dass alle Schüler eine solide allgemeine, humanistische und staatsbürgerliche Bildung erhalten und eine vollständige Schulausbildung bis mindestens zum Abitur absolvieren.

14. VERTEIDIGUNG UND FÖRDERUNG VON KULTURELLEN EINRICHTUNGEN

Die IRW-CGSP betont, dass die Aufwertung, Demokratisierung und Zugänglichkeit unserer kulturellen Einrichtungen unabdingbar sind, um eine demokratischere, offenere und brüderlichere Gesellschaft zu erreichen. Eine Bedrohung dieser Einrichtungen entspricht demselben Ansatz wie der Abbau anderer Sektoren des öffentlichen Dienstes wie Gesundheit oder Transport. Im Rahmen der Kultur müssen wir uns die Sinnhaftigkeit unserer Werte wie Offenheit, Toleranz und Begegnung wieder aneignen. Über die Kultur müssen wir die Sprache des Widerstands wiederfinden, denn wenn wir keine Worte mehr haben, um auszudrücken, wofür wir kämpfen, besteht die Gefahr, dass dieser Kampf verblasst und der Resignation, dem Fatalismus und der Unterwerfung Platz macht. Aus diesem Grund ist die IRW-CGSP der Ansicht, dass alle Kulturgüter nicht als bloße Waren betrachtet werden dürfen.

15. DIE WELT NEU VERZAUBERN

Die IRW-CGSP hat bereits vor langer Zeit auf die Zunahme rechtsextremer Ideen reagiert. Sie hat Informationskampagnen und spezielle Schulungstage für ihre Aktivisten durchgeführt. Sie hat strikte Repräsentativitätsanforderungen festgelegt und lässt null Toleranz gegenüber extremistischen oder sexistischen Äußerungen gelten. Die IRW-CGSP ist jedoch davon überzeugt, dass der Kampf gegen Rechts nur im Rahmen des allgemeinen Kampfes für eine bessere Umverteilung des Reichtums und eine egalitäre Gesellschaft betrachtet werden kann.

Es muss immer wieder daran erinnert werden, dass wir eine Organisation sind, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Interessen der Arbeitnehmer zu schützen. Die Kritik am Kapitalismus und an der Globalisierung darf nicht der extremen Rechten überlassen werden!

Wenn es wichtig ist, Kräfte zu bündeln, zu vereinen, zu organisieren und politisch zu mobilisieren, dann um eine starke Achse herum: den Bruch mit der kapitalistischen Logik im Allgemeinen und der neoliberalen Politik im Besonderen. Dies setzt sowohl eine kritische Bilanz der seit den 1980er Jahren verfolgten Politik als auch ein kohärentes Programm voraus, das auf Notmaßnahmen aufbaut, aber auch und vor allem eine Gerechtigkeitsperspektive aufzeigt und die übergroße Macht des Kapitals über die Wirtschaft, die Institutionen, die Natur und unser Leben in Frage stellt.

Die IRW-CGSP und die FGTB sind in der Lage, diese Alternativen anzubieten und die Mobilisierungen zu organisieren. Wir vertreten die Programme, die diese Zäsur möglich machen. In diesem Zusammenhang muss klargestellt werden, dass soziale Gerechtigkeit und sozialer Schutz niemals auf der Grundlage von Nationalismus oder dem Ausschluss anderer entwickelt werden können, sondern nur durch die Einhaltung demokratischer Werte wie Solidarität, Offenheit und Toleranz, die die Menschenrechte und das allgemeine Interesse respektieren.

16. RÜCKKEHR UND ENTWICKLUNG HOCHWERTIGER ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGEN

Die IRW-CGSP ist davon überzeugt, dass eine gewollte Globalisierung des Kampfes eine absolute Notwendigkeit ist, wenn es gelingen soll, eine Dynamik der Mobilisierung zu entfachen, die den Herausforderungen gerecht wird. Es geht darum, das Bewusstsein dafür zu ständig zu schärfen, dass das Thema öffentlicher Dienst für den sozialen Fortschritt von zentraler Bedeutung ist, dass es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im privaten und öffentlichen Sektor, aber auch jeden einzelnen Bürger betrifft.

Wenn der Geist des Widerstands wirklich mobilisieren soll, muss die Bereitschaft dazu auch Perspektiven aufwerfen. Wir finden uns nicht nur nicht mit dem Abbau und der Abschaffung von öffentlichen Diensten ab, was die Regierungen seit Jahren tun, sondern wir betrachten diese Entwicklung als zukünftiges Handlungsfeld. Sie sind eine kollektive Antwort auf die Herausforderungen einer Moderne, von der wir wollen, dass sie der Entfaltung aller Menschen dient und nicht der Anhäufung von Profiten.

Die öffentlichen Dienste sind keineswegs die Überbleibsel einer überholten Vergangenheit, sondern vielmehr Ausdruck der Notwendigkeit, das kollektive und allgemeine Interesse zu fördern, das einzige, das in der Lage sein wird, die Herausforderungen von morgen zu bewältigen, die uns die zahlreichen Krisen, die durch den Kapitalismus und sein neoliberales Modell verursacht wurden, hinterlassen haben. Wir müssen ein neues Narrativ zum Thema öffentlichen Dienste schaffen!

In diesem Zusammenhang erinnert die IRW-CGSP daran, dass das Statut der Beamten des öffentlichen Dienstes in der Zeit des aufsteigenden Rexismus entstand. Nur das Statut schützt den Arbeitnehmer sowohl vor der Einmischung von Politikern und Wirtschaftsmächten als auch vor administrativer Willkür. Für die IRW-CGSP ist die Verteidigung des Statuts mit der Existenz und der Qualität des öffentlichen Dienstes verbunden und daher von wesentlicher Bedeutung für die Verteidigung der Werte, die der öffentliche Dienst verkörpert.

Deshalb muss das Statut (wieder) die Regel sein und die CGSP muss es in allen Instanzen und auf allen Ebenen der Macht verteidigen.



VOM KONGRESS VERABSCHIEDETE ANTRÄGE

1. ANTRAG DES FRAUENBÜROS

Wie viele andere Organisationen ist auch die Gewerkschaftsbewegung von den negativen Auswirkungen des patriarchalischen Systems betroffen. Der Zugang von Frauen zur Gewerkschaft ist immer noch schwierig. Sei es hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft, des Engagements als Aktivistin, als Delegierte oder auch bei der Besetzung von Führungspositionen. Wenn sie einmal diese Positionen erreichen, bleibt es ein täglicher Kampf, ihren Platz und ihre Legitimität zu behalten.

Es ist im Interesse des Kapitalismus, dass die patriarchalische Gesellschaft erhalten bleibt. Die daraus resultierende geschlechterspezifische Arbeitsteilung rechtfertigt ungleiche Geschlechterverhältnisse, wie sie auch für den systemischen Rassismus und die LGBTQI-Phobie gelten. All diese Ungleichheiten und Diskriminierungen sind Teil eines Ganzen, eines Herrschaftssystems, in dem die Macht und die damit verbundenen Privilegien fast ausschließlich den Männern vorbehalten sind.

Der feministische Kampf richtet sich daher nicht gegen Männer, sondern gegen ein System der Herrschaft.

ZUR ERINNERUNG:

Vor fast 20 Jahren unterzeichnete André Mordant zusammen mit den beiden anderen Gewerkschaftsorganisationen die Charta über Gender Mainstreaming, Artikel 19 und später 37 bis und ter wurden der Satzung des FGTB

hinzugefügt, ebenso wie die beigefügte Charta des Verhaltenskodex' nach ihrer Ratifizierung auf dem Bundeskongress 2022.

„Artikel 19 - Die Organe der FGTB sind der Bundeskongress, der Bundesvorstand, das Büro und das Sekretariat. In all diesen Gremien strebt die FGTB nach Geschlechtergleichheit.“¹

„Artikel 37bis - § 2 - In allen ihren interprofessionellen Gremien strebt die FGTB nach Geschlechtergleichheit. Andernfalls garantiert sie eine weibliche Vertretung von mindestens einem Drittel. Die Komponenten sind im Verhältnis zu ihrer Zusammensetzung (Vertretung der Frauen) verpflichtet, wenn sie das Drittel nicht erreichen können. Die Gremien, die diese Vertretung nicht durch direkte Wahlen erreichen, setzen bei ihrer Einrichtung Korrekturmechanismen ein, um dieses Ziel zu erreichen.“²

„Artikel 37b - Nach jedem statutarischen Kongress, in Zusammenarbeit mit dem Bundesfrauenbüro, benennt das Büro der FGTB eine neue Kommission für die Überwachung, Bewertung und Kontrolle der Gleichstellung von Männern und Frauen, unter der Verantwortung des Bundessekretariats, die aus Mitgliedern dieser Bundesbüros besteht.“³

1. Statuts FGTB, ratifiés par le Congrès statutaire des 08 et 09 juin 2006, p.8.

2. Statuts FGTB, ratifiés par le Congrès statutaire des 30, 31 mai et 1er juin 2018, p.12.

3. Loc.cit



FESTSTELLUNGEN:

Was wird zur Einhaltung der Satzungsbestimmungen unternommen?

Wie steht es um die Umsetzung der Charta, wird sie in allen Sektoren eingehalten?

20 Jahre später stellen wir fest, dass zwar Anstrengungen unternommen wurden, insbesondere bei der Vergabe von Mandaten für Kongresse, aber auch in bestimmten Sektoren und Regionen, wo positive Entwicklungen stattgefunden haben.

Wird aber darüber hinaus in den verschiedenen, unsere Organisation bildenden Instanzen - und noch mehr in unserer täglichen Arbeit - überall und auf allen Ebenen dieselbe Logik geltend gemacht?

Wir sind uns dessen bewusst, dass es in Sektoren, in denen es nur wenige Arbeitnehmerinnen und somit auch nur wenige weibliche Delegierte gibt, kompliziert ist. Wie können wir sie ermutigen und ihnen helfen, in diesen Sektoren Delegierte zu werden?

Anlässlich der Sozialwahlen wurde ein Protokoll erstellt, um Frauen Plätze auf den Listen zu sichern. In unseren Organisationen sind gerade die Sektoren, die am stärksten von Männern dominiert werden, betroffen. Wir gehen davon aus, dass dies auch respektiert wurde. Welche Mandate werden die gewählten Vertreterinnen nach den Wahlen erhalten?

In der Tat wurde die in der Satzung vorgesehene Gleichheit von Männern und Frauen noch nicht wirklich erreicht, und gemeinsam können wir noch mehr erreichen.

Wir haben 20 Jahre lang geduldig gewartet. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir in unserer fortschrittlichen Organisation Platz für Veränderungen machen.

FORDERUNGEN:

Das Frauenbüro der IRW-CGSP schlägt daher vor, den vorgeschlagenen Antrag anzunehmen und damit auf diesem Kongress klare Verpflichtungen hinsichtlich der folgenden Ziele für die Vertretung von Frauen in den CGSP-Gremien (d.h. Kongresse, Ausschüsse, Büros und Sekretariate) zu vereinbaren:

- Mindestens 1/3 Frauen im Jahr 2028;
- Eine Vertretung von 50 % im Jahr 2032 (Ausnahmen sind möglich).

Das Frauenbüro der IRW-CGSP schlägt vor, die Satzungsänderungen dem nächsten Kongress vorzulegen.



Damit bleiben uns acht Jahre, um gemeinsam an der Erreichung dieser Ziele zu arbeiten.

Wie können wir unsere Entscheidungen umsetzen und respektieren, wenn wir keine Bilanz ziehen?

Wir fordern daher die Einrichtung einer Begleitkommission, der die Schwierigkeiten analysiert und die Entwicklungen zwischen den einzelnen Kongressen prüft.

Der Zweck der Kommission ist es, Empfehlungen auszusprechen, aber auch zu helfen, die Sektoren und Regionen bei der Lösungsfindung zu beraten, damit unsere Ziele erreicht werden.

Die Kommission könnte sich aus VertreterInnen der Sektoren, der Regionen, des IRW-Büros und des Frauenbüros zusammensetzen. Die Entscheidung über die Zusammensetzung und die Häufigkeit der Sitzungen obliegt dem Büro der IRW-CGSP. Die Mitglieder der Begleitkommission werden gebeten, Korrekturvorschläge zur Erreichung dieses Ziels für 2028 und 2032 zu formulieren und dabei die Realität in jedem Sektor zu berücksichtigen.

Wir erfinden hierbei nichts neues, liebe Kollegen, diese Kommission existiert bereits innerhalb der FGTB.

Doch wir müssen feststellen, dass sie nicht wirklich gut zu funktionieren scheint und dass die Zentralen nicht immer mitspielen.

Die CGSP kann hier also wieder eine Vorreiterrolle übernehmen und mit gutem Beispiel vorangehen!

2. ANTRAG ZUR SCHAFFUNG EINES AKTIONSTAGES ZUR VERTEIDIGUNG VON GEWERKSCHAFTSVERTRETERN UND -FREIHEITEN

Auf Initiative des Vorsitzenden der Intersektoralen Charleroi und der IRW bitten wir Sie, einen Antrag zu unterstützen, der auf die Schwierigkeiten hinweist, mit denen Gewerkschaftsvertreter täglich konfrontiert sind.

Dieser Antrag wurde bereits auf verschiedenen Kongressen unterstützt, und heute bitten wir auch Sie um Unterstützung.

In den letzten Jahren hat sich die Kluft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftsdelegationen vergrößert, und der soziale Dialog ist nicht mehr die Regel.

Unsere Delegierten werden von den Unternehmensleitungen mehr und mehr als der Feind dargestellt.

Unsere Delegierten sind nicht mehr in der Lage, sich mit ihren Behörden abzustimmen oder zu verhandeln, da diese sich von Juristen vertreten lassen, die ihre Ansichten durchsetzen.

In den Unternehmen gestalten sich die Beziehungen zu den Abteilungsleitern kompliziert, da letztere es nicht mögen, dass die Delegierten sie an ihre Regeln und Pflichten erinnern.

Einen Delegierten in seinem Team zu haben, stellt für viele ein Hindernis dar, da der Vorgesetzte dann keine freie Hand hat.

Die Mobilisierung, Unterrichtung, Versammlung und Begleitung der Mitglieder werden zu einem Verbrechen.

In der Praxis sind Mobbing, Einschüchterungen, Vorwürfe, Tadel, versteckte Sanktionen und sogar Behinderung der Laufbahnentwicklung des Delegierten zur Normalität geworden.

Schlimmer noch, heute ist es nicht ungewöhnlich, dass Delegierte aus Gründen des Selbstschutzes eine Mobbingklage einreichen, da das Gewerkschaftsstatut nicht oder nicht mehr respektiert wird.

In den letzten Jahren hat es sogar mehr und mehr Entlassungen gegeben.

Wir dürfen angesichts dieser Tatsache nicht untätig bleiben.

Der Aktionstag zur Verteidigung von Gewerkschaftsdelegierten soll uns die Gelegenheit bieten, unsere Kameraden, die sich in Schwierigkeiten befinden, zu treffen und sie zu unterstützen.

Wir müssen den von Führungskräften gegenüber den Delegierten ausgeübten Machtmissbrauch, der letztendlich unsere gewerkschaftlichen Freiheiten einschränken könnte, anprangern.

An diesem Aktionstag müssen wir die Stimmen der entlassenen Delegierten, die für viele von uns unsichtbar geworden sind, verlauten lassen, denn die Zeit spielt gegen sie.

Wir müssen allen Delegierten zuhören, die tagtäglich nur aufgrund ihres Delegiertenstatuts und weil sie die den Arbeitgeber daran hindern, von den Vorschriften abzuweichen, leiden müssen.

Die Aktionen und Aufgaben, die sie jeden Tag erfüllen, müssen weithin bekannt gemacht werden.

Wir müssen sie unterstützen und im Rahmen dieses jährlichen Aktionstags einen Ort des Zusammentreffens schaffen, um Erkenntnisse zu sammeln, die dazu helfen sollen, Werkzeuge zum besseren Schutz unserer Delegierten.

Dieser Aktionstag sollte 2024 ins Leben gerufen werden, und wir freuen uns auf Ihre Unterstützung!



3. ANTRAG AUF UNTERSTÜTZUNG DER DELEGIERTEN DER RTBF

Guten Tag liebe Kollegen,

Heute stelle ich einen Antrag, der die Gewerkschaftsvertreter der bei der RTBF beschäftigten Vertragsbediensteten betrifft, denn wir gehören zu den einzigen Gewerkschaftsvertretern des öffentlichen Dienstes, die bei ihren gewerkschaftlichen Aktivitäten keinerlei Schutz genießen.

Wir möchten auf unsere Situation aufmerksam machen und eine Warnung an alle Sektoren aussprechen.

In der RTBF haben wir schon vor langer Zeit einen wichtigen Teil dessen verloren, wofür wir alle gemeinsam kämpfen.

Im Falle eines Streiks sieht ein Erlass aus dem Jahr 1999 die Dienstverpflichtung des Personals vor, wodurch mehr als 200 Vertragsbedienstete und Beamte zur Arbeit, und oftmals noch viel mehr, gezwungen werden. Das somit verpflichtete Personal hat keine andere Wahl, es wird seines Streikrechts beraubt.

Seit 1995 hat es bei der RTBF keine Ernennungen mehr gegeben. Wir werden konfrontiert mit einem Verbeam-

tungsstopp, also eine vom Verwaltungsrat auferlegte Regelverletzung, da die Regeln unseres öffentlichen Dienstes nach wie vor vorsehen, dass die Einstellung von Beamten die Norm ist.

Eine verblüffende Ausnahme besteht jedoch für einige leitende Angestellte des Unternehmens, die, obwohl Vertragsbedienstete, eine Staatspension erhalten, die dem restlichen Personal verweigert wird...

Der RTBF-Verwaltungsrat, einschließlich der ihm angehörenden sozialistischen Mandatsträger, die uns kaum noch antworten (nicht einmal, wenn sie von der SETCa kommen), unterwirft sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - vollständig der Autorität des Generaldirektors.

So ist die Beratende Programmkommission, das einzige RTBF-Gremium, in dem die Gewerkschaften vertreten sind und in dem redaktionelle Fragen und die öffentlich-rechtlichen Programme erörtert werden, trotz unserer Anträge seit mindestens einem Jahrzehnt nicht mehr zusammengetreten.





Dieses Gremium, (wir nennen es liebevoll „Die Muschelbank, in Zierikzee, bei Ebbe“ - man möge es uns nachsehen) ist frei von sozialen Ambitionen und nicht um Legalität bemüht, sobald die Befürchtung besteht, man könne dem Generaladministrator missfallen. Es verweigert nach wie vor jegliche Verbeamtung, obschon kürzlich in Charleroi 300 Beamte und in Binche mehrere Dutzend Beamte ernannt wurden, ganz zu schweigen von der Regelmäßigkeit der Ernennung von Lehrkräften in der Französischen Gemeinschaft (auch wenn diese leider auf ganz andere Weise vergütet werden, ganz nebenbei bemerkt...).

Es sind dieselben Verwaltungsratsmitglieder, aus demokratischen Parteien stammend, die nun absegnen, dass ein sich wiederholender Teil der RTBF-Arbeit strukturell von Freiberuflern, Zeitarbeitskräften und mit Hilfe von Sozialsekretariaten geleistet wird.

Journalisten des öffentlichen Dienstes werden heutzutage aufgefordert, das Statut eines Selbständigen anzunehmen. Aus diesem Grund gab es am 1. Mai dieses Jahres in Namur keinen RTBF-Journalisten außer einer einzigen freien Mitarbeiterin, die an diesem Tag als „Zwangsselbständige“ arbeitete, da sie ihr Stundenkontingent bereits erschöpft hatte «aufgrund des Dermagne-Gesetzes, das soziale Manipulation verhindert», um es mit den Worten des Generaldirektors zu formulieren. Diese traurige Anekdote endet mit der Tatsache, dass sie von RTL angestellt wurde, anstatt weiterhin für RTBF arbeiten zu können.

Der selbige RTBF-Verwaltungsrat verweigert auch jeglichen effektiven Schutz der Delegierten während der Verhandlungszeit über einen gewerkschaftlichen Status, der uns endlich schützen würde. Stattdessen werden wir mit Gewalt zu Sozialwahlen gezwungen, die durch einen konfusen

Text, gefördert von der Medienministerin, auferlegt werden und unsere gewerkschaftlichen Freiheiten verletzen, da sie es unter bestimmten Bedingungen ermöglichen würden, einer Gewerkschaft die Möglichkeit zu nehmen, eine Wahlliste aufzustellen.

Es sind diese Verwaltungsratsmitglieder und ihr Vorsitzender, die vor einigen Tagen vom Staatsrat verurteilt wurden, weil sie gegen das verfassungsmäßige Recht der Gewerkschaften auf Verhandlungen, also unser grundlegendes Recht, verstoßen haben.

Und es war auch die RTBF-Direktion die mehrere Entlassungen ausgesprochen hat, die nun von den Gerichten als missbräuchlich erklärt wurden!

Und was ich Ihnen in diesem Zusammenhang noch nicht gesagt habe, liebe Kollegen, ist, dass die RTBF trotz des sofortigen Eingreifens unseres Generalsekretärs Patrick Lebrun vor einigen Monaten zum ersten Mal einen Delegierten der CGSP entlassen hat, ohne dass es sich um ein grobes Fehlverhalten gehandelt hätte...

Es gäbe noch viel mehr zu berichten über die Verfehlungen der RTBF in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Gewerkschaftsfreiheit, aber wir hoffen, dass Sie verstehen werden, warum wir heute um Ihre Unterstützung bitten!

Der Antrag, den wir Ihnen vorschlagen, lautet wie folgt:

„Die CGSP RTBF bittet alle Sektoren und Regionen sowie die gesamte FGTB um Unterstützung, falls sie die Streikankündigung, die sie heute einreicht, ganz oder teilweise umsetzen muss. Diese Vorankündigung zielt darauf ab, die Gewerkschaftsdelegierten der RTBF, die nicht durch ein angemessenes Statut geschützt sind, verteidigen zu können.“

4. ANTRAG TELEKOM LUFTFAHRT

NEIN ZUR PRIVATISIERUNG VON (AUTONOMEN) ÖFFENTLICHEN UNTERNEHMEN

BEGRÜNDUNG

Auf der Vorstandssitzung der IRW-CGSP am 21. Mai 2024 sprach sich unser sektoraler Generalsekretär für die Aufrechterhaltung öffentlicher Dienstleistungen und gegen die Zerschlagung (autonomerer) öffentlicher Unternehmen aus; diese Position wurde eingenommen vor dem Hintergrund eines wirtschaftlichen und politischen Kontextes, der Fragen über die Folgen einer möglichen Privatisierung der öffentlich-rechtlichen Proximus SA aufwirft. Eine Infragestellung, die sich aufgrund der jüngsten und wiederholten Anwendung der konventionellen Unternehmensübertragung¹ noch stärker aufdrängt. Dieser Antrag hat zum Ziel, eine Bestandsaufnahme zu machen und eine Perspektive aufzuzeigen, die auf die Beibehaltung des Statuts eines (autonomen) öffentlichen Unternehmens im allgemeinen Interesse der belgischen Bürger ausgerichtet ist.

Werfen wir zunächst einen Blick zurück in die Geschichte, insbesondere auf das Gesetz vom 21. März 1991², das einen neuen Rechtsrahmen für den öffentlichen Dienst in Belgien schuf: den der autonomen öffentlichen Unternehmen. Auf föderaler Ebene gibt es vier³, von denen zwei unter der Schirmherrschaft des Sektors Telekom Luftfahrt stehen: Proximus und Skeyes. Der Status der autonomen öffentlichen Unternehmen weist viele Besonderheiten auf und hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt, indem er Regelungen aus der Privatwirtschaft (z.B. die Lohnnorm⁴ - auf die wir, seien wir ehrlich, gerne verzichtet hätten) mit Mechanismen aus dem öffentlichen Sektor (z.B. die automatische Lohnindexierung bei Überschreitung des Schwellen-Index) verknüpfte.

Neben den Regeln, denen die autonomen öffentlichen Unternehmen unterliegen, gibt es auch zwei sehr unterschiedliche politische Philosophien, zwei „Daseinsberechtigungen“, die den öffentlichen Sektor einerseits vom privaten Sektor andererseits unterscheiden.

1. DER ÖFFENTLICHE UND DER PRIVATE SEKTOR: UNTERSCHIEDLICHE PHILOSOPHIE UND UNTERSCHIEDLICHE ZWECKBESTIMMUNG

Das öffentliche Interesse ist das Grundprinzip eines öffentlichen Unternehmens, während das Gewinnstreben das Hauptziel eines privaten Unternehmens ist.

Die Finanzierung eines öffentlichen Unternehmens erfolgt insbesondere über Steuern, während ein privates Unternehmen durch den Verkauf von Waren und/oder Dienstleistungen finanziert wird.

Lassen Sie uns diese Dualität anhand eines Beispiels veranschaulichen: das Unterrichtswesen.

Im Rahmen seines Bildungswesens legt ein Staat die Priorität auf die Bildung seiner Bürger und Bürgerinnen fest. Wir sind der Ansicht, dass eine mögliche „Wirtschaftlichkeit“ dieses Gemeinwohlauftrags nicht einmal Bestandteil der öffentlichen Debatte sein sollte.

Für ein privates Unternehmen ist die Rentabilität jedoch das unabdingbare Kriterium, und zwar aus gutem Grund, denn ein privates Unternehmen kann (im Gegensatz zu einem Staat) in Konkurs gehen, wenn es nicht rentabel ist; wenn ein privates Unternehmen zwischen einer qualitativ hochwertigen Bildung und Kosteneffizienz wählen müsste, würde es sich also für letzteres entscheiden. Selbstverständlich schließen sich diese beiden Kriterien nicht gegenseitig aus, aber das erste ist für das Überleben des Privatunternehmens zwingend erforderlich, während das zweite optional ist.

Das autonome öffentliche Unternehmen ist ein Mittelding zwischen öffentlichem und privatem Sektor, da es einerseits einen Gemeinwohlauftrag erfüllt (z.B. die Flugsicherung durch Skeyes und die Bereitstellung von Internetzugang durch Proximus, zwei Aktivitäten, die während der Covid-19-Pandemie als systemrelevant eingestuft wurden) und andererseits auf Gewinn ausgerichtet ist.

Diese Autonomie kann positiv sein. Ein Beispiel hierfür ist Proximus Ada, eine private Tochtergesellschaft, die von Proximus SA gegründet wurde und sich in deren Besitz befindet und deren Ziel es ist, künstliche Intelligenz und Cybersicherheit zu kombinieren. Die Gründung dieser Tochtergesellschaft in einem aufstrebenden Sektor führt zu einer marktgerechteren Bezahlung der betroffenen Arbeitnehmer und ermöglicht es, Talente in dieser hart umkämpften Branche zu halten.

Es bleibt zu hoffen, dass wenn sich der Run auf diese Branche gelegt hat, diese Tochtergesellschaft wieder in die Proximus SA integriert werden kann.

1. Siehe hierzu KAA Nr. 32bis.

2. Gesetz zur Reform bestimmter öffentlicher Wirtschaftsunternehmen.

3. <https://emploi.belgique.be/fr/blog/la-conciliation-sociale-dans-le-secteur-public-et-dans-les-entreprises-publiques-autonomes>

4. Art. 5 des Gesetzes vom 23. April 2015

<https://www.ejustice.just.fgov.be/eli/loi/2015/04/23/2015014139/moniteur>.

2. WAS WÄREN DIE FOLGEN EINER PRIVATISIERUNG?

Wie bereits dargelegt, sind öffentliche und private Interessen unterschiedlich geartet. In der Praxis hätte die Privatisierung eines autonomen öffentlichen Unternehmens wie Proximus mehr negative als positive Auswirkungen. Betrachten wir die möglichen Folgen.

Die Folgen für die ArbeitnehmerInnen

Abgesehen davon, dass die an die Überschreitung des Schwellenindex gebundene Lohnindexierung verloren ginge und durch eine Indexanpassung ersetzt würde, die mit der potenziellen Einrichtung einer neuen Paritätischen Kommission verknüpft wäre, würde die Umwandlung in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft die aus dem öffentlichen Sektor übernommenen Regelungen in Bezug auf den Verwaltungs-, Entgelt und Gewerkschaftsstatus in Frage stellen.

Die erste Sorge betrifft die Mitglieder des statutarischen Personals. Ein Präzedenzfall ist das Unternehmen BIAC, das bei seiner Umwandlung in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft im Jahr 2004⁵, die «Kontinuität der Rechte» des statutarischen Personals sicherstellte. Viele Jahre später hatten die ArbeitnehmerInnen jedoch den Eindruck, dass die statutarischen Mitarbeiter bei der Auswahl für eine Beförderung nicht gleichbehandelt wurden wie die Vertragsbediensteten. Es ist natürlich schwierig, eine solche Wahrnehmung konkret zu beobachten oder gar zu beweisen.

Die Privatisierung von BIAC hatte auch den Übergang zu einem System mit Sozialwahlen und einem Betriebsrat zur Folge. Die Karten der Gewerkschaften neu zu mischen, kann sowohl für das Unternehmen als auch für die Arbeitnehmer(vertreter) schädlich sein.

Schließlich definiert derzeit das finanzielle Statut die Gehaltstabellen. Proximus und die Gewerkschaften haben sich hieran orientiert und für eine Kategorie von Vertragsbe-

diensteten eine Gehaltstabelle vereinbart. Es muss betont werden, dass die tariflichen Erhöhungen immer garantiert werden⁶, unabhängig von der im interprofessionellen Abkommen vereinbarten Gehaltsnorm. Es ist möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich, dass eine Privatisierung diese Vereinbarungen wieder auf den Verhandlungstisch bringen würde.

Auswirkungen auf die Politik und die BürgerInnen

Als Mehrheitsaktionär ist der Staat ein wichtiger Gesprächspartner in der Entscheidungsfindung bei Proximus. Beispielsweise wandte sich Ministerin De Sutter an Proximus wegen des Missbrauchs von Subunternehmern, die im Rahmen des Glasfaserausbaus ihrerseits Fremdfirmen beschäftigen⁷. Ein weiteres Beispiel sind die (glücklicherweise unbewiesenen) Gerüchte, dass Proximus die Fusion seiner amerikanischen Tochtergesellschaft TeleSign mit einem auf den Cayman-Inseln registrierten Unternehmen plant. Dies hat gezeigt, dass die Behörden immer noch ein Mitspracherecht haben, wenn es um die Verwendung der Aktien unserer autonomen öffentlichen Unternehmen geht.⁸

Sollte es zu einer Privatisierung von Proximus kommen, würde das politische Kräfteverhältnis an Bedeutung verlieren. Sowohl der Preis der Produkte als auch die flächendeckende Versorgung mit Festnetz- und Mobilfunknetzen würden dem Markt überlassen, und wir könnten nur hoffen, dass Adam Smiths Konzept der unsichtbaren Hand⁹ Wirklichkeit wird und abgelegene Gebiete genauso gut versorgt werden wie die Innenstädte. Wir sind nicht sicher, ob dies der Fall sein wird.

5. https://etaamb.openjustice.be/fr/arrete-royal-du-27-mai-2004_n2004014121.html.

6. https://emploi.belgique.be/fr/themes/remuneration/norme-salariale#toc_heading_5.

7. <https://www.proximus.com/fr/news/2023/20230120-news-subcontracting.html>.

8. <https://www.lesoir.be/410089/article/2021-12-02/petra-de-sutter-une-filiale-de-proximus-aux-iles-caimans-cest-exclu>.

9. « La recherche des intérêts particuliers aboutit à l'intérêt général », cf. https://fr.wikipedia.org/wiki/Main_invisible.



Auswirkungen auf die Wirtschaft

Als größter Arbeitgeber des Landes garantiert der Staat mit einem selbständigen öffentlichen Unternehmen wie Proximus seinen Bürgern und Bürgerinnen, unabhängig von Alter und Qualifikation, eine Beschäftigung im ganzen Land. Dies hat zur Folge, dass ein Arbeitnehmer ein Gehalt erhält, das über die Sozialversicherungsbeiträge zur Steuer beiträgt, aber auch über die Ausgaben des Bürgers für Waren und Dienstleistungen, die ebenfalls zu den Haushaltseinnahmen des Staates beitragen (Mehrwertsteuererhebung).

Umgekehrt bedeutet die Inanspruchnahme von Subunternehmern außerhalb des Landes eine Kapitalflucht über die belgischen Grenzen hinaus. Dieses «liberale Rezept» wurde 2019 bei den „Call Centern“ im Rahmen des berüchtigten Abwanderungsplans namens FFP angewandt. Es gilt zu betonen, dass der Einsatz dieser Arbeitskräfte von jenseits des Mittelmeers im Moment eine Ergänzung zur Arbeit der internen Call Center darstellt, aber es ist dennoch unsere Pflicht, uns über die Gesellschaft von morgen Gedanken zu machen. Die Handelsbilanz eines Landes ist ein Indikator für die wirtschaftliche Gesundheit des Landes; der übermäßige Einsatz von Fachkräften aus dem Ausland, obwohl auch im eigenen Land vorhanden, hätte einen negativen Dominoeffekt zur Folge: Erhöhung der Ausgaben durch den Import von Dienstleistungen (Outsourcing), Erhöhung der Zahl der Menschen, die in Belgien ohne Arbeit sind (obwohl sie die ausgelagerte Arbeit ausüben könnten), Erhöhung der Zahl der Sozialhilfeempfänger (bis diese Menschen wieder eine neue Arbeit finden), Verringerung der Staatseinnahmen (aufgrund der geringeren Kaufkraft - und damit des Konsums - der Menschen, die ohne Arbeit sind, wodurch die Einnahmen durch die Mehrwertsteuer verringert werden)... und die Dominosteine fallen weiter, einer nach dem anderen.

3. WIE LAUTET DIE SATZUNG UNSERER ZENTRALE?

Neben diesen Erkenntnissen über die Funktionsweise unserer Gesellschaft ist es auch unsere Pflicht, die ideologischen Grundsätze unserer Bundeszentrale zu prüfen. In der Satzung und insbesondere in der Grundsatzklärung unserer Zentrale heißt es:

„Die Centrale Générale des Services Publics möchte alle Arbeitnehmer der öffentlichen Dienste, der konzessionierten Dienste und der Dienste von öffentlichem Interesse vereinen, die dafür kämpfen wollen, dass nur ein auf menschlicher Freiheit und sozialer Gerechtigkeit basie-



rendes System die gegenwärtige weltweite Umwälzung übersteht. Diese soziale Gerechtigkeit, das wahre Ziel der Demokratien, ist weit davon entfernt, verwirklicht zu werden und die Arbeiter, egal welcher Schicht, haben nicht aufgehört, unter der offenen oder verdeckten Vormundschaft eines profitgierigen Kapitalismus zu leiden.“

Wir haben bereits gemeinsam festgestellt, dass die autonomen öffentlichen Unternehmen dem allgemeinen Interesse dienen (am Beispiel von Proximus und Skeyes); sie entsprechen daher vollends der Grundsatzklärung der CGSP. Der Zugang zu einer Internetverbindung ist, genauso wie der Zugang zu Wasser oder Strom, zu einem Grundbedürfnis geworden: Sowohl Schulen als auch die Arbeitswelt, die Medizin und die Verwaltungen setzten während der Covid-19-Krise einen Internetzugang voraus, und viele haben dieses digitale Geschäftsmodell beibehalten (z.B. Online-Kurse, Home-Office, medizinische Telekonsultationen und elektronische Kommunikation mit bestimmten Behörden). Soziale Gerechtigkeit, wie sie in unserer Satzung erwähnt wird, soll uns daran erinnern, dass unabhängig von der sozialen Herkunft ein staatlich garantierter Zugang zu lebensnotwendigen Gütern die Voraussetzung dafür ist, dass jeder Einzelne dieselben Startbedingungen ins Leben wie alle anderen erhält und somit echte Demokratie fördert.

Theoretisch gab es in unserem Land eine große Anzahl wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten, die vor finanzieller Einflussnahme geschützt waren, nämlich die staatlichen und ganz allgemein die öffentlichen Verwaltungen, das Bildungswesen und die großen gemeinnützigen Unternehmen (z.B. SNCB).

Wir könnten eine Reihe gemeinnütziger Unternehmen aufzählen, die nur dem Namen nach national sind. Beispielsweise stimmte die Hauptversammlung der Aktionäre von Belgacom im Jahr 2015 dafür, den Firmennamen Belgacom

durch Proximus zu ersetzen¹⁰. Auf diese Art wurden die nationalen Ursprünge des etablierten Marktteilnehmers verwischt.

Gleichermaßen hat sich auch Belgocontrol vom belgischen Staat entfernt indem es sich für die Bezeichnung Skeyes, ein englisches Wort, das sich aus den Wörtern «sky» (Himmel) und «eyes» (Augen) entschied, da Englisch im Bereich der Luftfahrt die bevorzugte Sprache ist.

Es gilt die Feststellung, dass ein Firmenname, der auf eine staatliche Zugehörigkeit hinweist, definitiv nicht mehr in Mode ist. Vielleicht ist dies ein Hinweis an den Markt, dass das ursprüngliche Kerngeschäft auf andere Bereiche ausgeweitet wurde.

Ein letzter Auszug aus der Grundsatzklärung der Satzung lässt uns das Thema Demokratie erneut unterstreichen und abschließend behandeln:

„Um dieses Ziel zu erreichen, übernimmt die föderale CGSP vollständig die Grundprinzipien der Verfassung der FGTB, der sie angehört.

Sie erklärt, dass sie unabhängig von politischen Parteien und unter Achtung aller Meinungen zusammen mit allen Arbeitern die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft mit wirtschaftlicher und sozialer Demokratie anstreben wird, die von den Kräften der Arbeit geleitet und kontrolliert wird.

Mit ihnen wird sie auch für die Sozialisierung der Unternehmen von öffentlichem Interesse und der großen Bank- und Industriekonzerne kämpfen, für die Einrichtung eines

Sozialversicherungssystems, und sie nimmt auch das Prinzip der Zusammenarbeit mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung an.“

Wirtschaftliche und soziale Demokratie, die von den Kräften der Arbeit geleitet und kontrolliert wird, kann nur im Rahmen eines (autonomen) öffentlichen Unternehmens verwirklicht werden. In dem Moment, in dem ein autonomes öffentliches Unternehmen zu einer privatrechtlichen AG wird, hat das Votum der Bürgerinnen und Bürger keinen wirklichen Einfluss mehr auf die Entscheidungsgremien dieser Unternehmen. Das Kräfteverhältnis zwischen der Politik - die im Rahmen einer repräsentativen Demokratie gewählt wird - und dem betreffenden Unternehmen würde sich auf Lobbyismus reduzieren, d.h. auf undurchsichtige Verhandlungen, bei denen die Stimme der Wähler keinen Einfluss mehr auf die endgültigen Entscheidungen hätte.

Fazit: Die IRW-CGSP ist der Auffassung:

Dass die autonomen öffentlichen Unternehmen im Interesse des Gemeinwohls, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit der Kontrolle des belgischen Staates unterstellt bleiben müssen;

Dass die Privatisierung autonomer öffentlicher Unternehmen zum Wohle der ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen und zur Wahrung eines politischen Ideals, das in der Satzung der föderalen CGSP verankert ist, bekämpft werden muss.

10. https://www.proximus.com/fr/our-company/company_history.html#:~:text=2015,Tango%2C%20BICS%20et%20Telindus%20International.



5. DRINGLICHKEITSANTRÄGE

WAFFENSTILLSTAND: SOLIDARITÄT MIT DEM PALÄSTINENSISCHEN

Kameraden,

Wie Sie alle wissen, findet in Gaza momentan ein Massaker statt. Dieses Massaker oder, wie der Premierminister des zionistischen Staates Israel es gerne nennt, diese "Sondereinsätze in Gaza" haben bereits 35.000 Menschenleben gefordert, die meisten von ihnen Zivilisten und eine große Anzahl von Frauen und Kindern.

Der israelisch-palästinensische Konflikt hat keineswegs am 7. Oktober begonnen, er dauert bereits seit mehr als 75 Jahren an.

75 Jahre Verfolgung, Enteignung, willkürliche Verhaftungen aller Art und Apartheid gegenüber der palästinensischen Bevölkerung, sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen.

Momentan sind die Zivilisten im Gazastreifen ununterbrochenen Bombenangriffen ausgesetzt.

DIE IRW-CGSP FORDERT:

1. Einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand: STOP DEM VÖLKERMORD!.
2. Die Freilassung aller willkürlich inhaftierten israelischen und palästinensischen Geiseln.
3. Das Ende der Apartheidspolitik in Israel und in den besetzten Gebieten.
4. Einen Aufruf zum Boykott von Produkten aus illegalen Kolonien.
5. Ein militärisches Embargo und die Einstellung der Lieferung von Waffen und militärischem Material nach Israel.
6. Die IRW-CGSP unterstützt die Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof.
7. Wie Spanien, Norwegen, Irland und bald auch Slowenien: Die Anerkennung des palästinensischen Staates.



UNTERSTÜTZUNG FÜR ARGENTINISCHE BEAMTE

Antrag zur Unterstützung der Beamten und im weiteren Sinne der argentinischen ArbeitnehmerInnen im Kampf gegen die Sparpolitik von Präsident Javier Milei

Seit Dezember 2023 und seinem Amtsantritt als Präsident der Republik hat Javier Milei, wie er selbst sagt, einen "Kulturkrieg" gegen den Staat und den öffentlichen Dienst sowie gegen all jene, die er verächtlich als Bürokraten bezeichnet, begonnen.

Am 19. Mai 2024 sagte Milei als Stargast auf einem von der spanischen Partei VOX organisierten weltweiten Treffen der extremen Rechten in Madrid unter dem Jubel der Anwesenden: "Wir müssen diese parasitäre und vom Westen abgeschaut Idee zerstören, dass die Aufgabe des Staates - d.h. des Bürokraten - darin besteht, alle Aspekte des Lebens der Bürger zu kontrollieren, die Idee, dass Politiker sich um die Menschen kümmern müssen - von der Wiege bis zur Bahre. Dies war nie die Aufgabe des Staates: Die Aufgabe des Staates, wenn er überhaupt existiert, ist es, das Leben, die Freiheit und das Privateigentum des Einzelnen zu verteidigen."

Innerhalb weniger Monate wurden Dutzende von Ministerien und öffentlichen Einrichtungen entweder privatisiert oder einfach aufgelöst und mehr als 30.000 Beamte entlassen. Sein Autoritarismus und Konservatismus in Verbindung mit einem aggressiven, vom IWF unterstützten Ultraliberalismus, der selbst Reagan und Thatcher hätte blass aussehen lassen, hat die Wirtschaftslage natürlich nicht verbessert. Sie haben vor allem dazu beigetragen, dass die Zahl der argentinischen Familien, die in Armut leben, exponentiell gestiegen ist.

Als Reaktion auf diese zerstörerische Offensive haben Hunderttausende von Argentinern am 24. Januar und 9. Mai 2024 bereits an zwei branchenübergreifenden Generalstreiks teilgenommen. Der öffentliche Dienst wurde am 3. April und die öffentlichen Universitäten am 24. April mobilisiert.

- Die am 30. und 31. Mai 2024 zum Kongress versammelte IRW-CGSP unterstützt voll und ganz die Aktionen ihrer Kollegen des öffentlichen Dienstes und des argentinischen Volkes im Kampf gegen die tödlichen Sparmaßnahmen.
- Angesichts eines Staatschefs, der Fake-News und "Post-Wahrheit" propagiert und behauptet, dass "soziale Gerechtigkeit immer ungerecht ist", erinnert die IRW-CGSP daran, dass soziale Gerechtigkeit im Gegenteil das wahre Ziel unserer Demokratien ist, da sie darauf abzielt, jedem entsprechend seiner Arbeit und seinen Bedürfnissen den ihm zustehenden Anteil am Wohlstand zu sichern.
- Die IRW-CGSP erklärt, dass sie gegen die immer zahlreicher werdenden europäischen Nachahmer und Bewunderer der Politik und der Kriegsrhetorik von Präsident Milei den gleichen Widerstand wie die argentinischen Volksklassen leisten wird.



FÖDERALER KONGRESS DER CGSP/ACOD

Am 7. Juni trat der Föderalkongress der CGSP-ACOD zusammen, zum Abschluss der Kongressreihe der Zentralen und ihrer drei Interregionalen. Die gemeinsame Losung lautete: Nein zu extrem Rechts!

Der Saal in Brüssel war bei dieser letzten Gewerkschaftsversammlung voll besetzt. Sie war das Ergebnis des internen demokratischen Prozesses der CGSP-ACOD, bei dem in allen Regionen, Sektoren und Interregionalen über einen gemeinsamen Antrag zur Bekämpfung der extremen Rechten diskutiert wurde.

Es war auch ein Moment der Einheit und der Kameradschaft, wie es Gewerkschaftskongresse sein können, was dann auch von allen Gewerkschaftsfunktionären unserer Zentrale, die bei dieser Gelegenheit das Wort ergriffen, betont wurde.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wählte die CGSP-ACOD auf einem Kongress zwei Vorsitzende: die niederländischsprachige Chris Reniers für den Zeitraum vom 7. Juni 2024 bis zum 30. April 2026 - wenn sie in den Ruhestand geht - und den französischsprachigen Laurent Pirnay für die zweite Hälfte der Amtszeit, ab dem 1. März 2026. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wählte die CGSP-ACOD eine Frau zur Präsidentin der Organisation.

Auf dem Kongress sprachen Paul Callewaert, Generalsekretär des Nationaal Verbond van Socialistische Mutualiteiten (NVSM), über die Herausforderungen für die Soziale Sicherheit und sein französischsprachiger Kollege Jean-Pascal Labille, Generalsekretär der Solidaris Krankenkasse, über die Herausforderungen für öffentliche Dienstleistungen.

Thierry Bodson, Vorsitzender der föderalen FGTB, betonte hingegen, dass die Verteidigung der öffentlichen Dienste die Grenze zwischen links und rechts markiere.

Es lebe die CGSP, es lebe der öffentliche Dienst!



LAURENT PIRNAY

Neuer französischsprachiger Generalsekretär und Präsident der Zentrale ab März 2026



MICHEL MEYER

Scheidender Präsident der CGSP-ACOD. Michel Meyer geht in den Ruhestand und wurde geehrt.



CHRIS RENIERS

Erste Präsidentin der CGSP-ACOD

ANTRAG RECHTSEXTREMISMUS

Im Vorfeld des Bundeskongresses der CGSP-ACOD am 7. Juni 2024 haben sich die drei Interregionalen IRW, VLIIG und IRB, mit dem Thema Rechtsextremismus befasst. Die Diskussionen führten zu einer gründlichen Analyse und einer Stellungnahme, wobei jede Interregionale ihren eigenen Ausgangspunkt hatte. Dennoch sind die Ergebnisse dieser Arbeit und die daraus resultierenden Resolutionen sehr ähnlich, da sich alle darin einig sind, dass wir uns der extremen Rechten entschieden entgegenstellen müssen.

Der folgende föderale Antrag zeigt erneut, dass dieser Widerstand und der unablässige Kampf gegen die unhaltbaren Standpunkte von extremrechts für die CGSP-ACOD eine Priorität darstellen.

FÜR EXTREMRECHTS GIBT ES IN UNSERER GESELLSCHAFT KEINEN PLATZ

Die CGSP-ACOD wendet sich entschieden gegen alle mit dem Vormarsch rechtsextremer und populistischer Parteien und Strömungen, ob Belgien oder in der restlichen Welt, einhergehenden Formen von Hass, Gewalt und Ausgrenzung gegenüber anderen Gruppen oder Glaubensrichtungen.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien "surfen" auf der Welle neuer Trends, präsentieren sich als soziale Parteien und erschleichen sich so das Vertrauen der Bürger. Indem sie eine siegreiche Offensive in den sozialen Netzwerken fahren, ziehen sie immer mehr junge Menschen an. Fake News und Medienmanipulationen sind an der Tagesordnung. Die Sichtbarkeit der extremen Rechten hat dazu geführt, dass sich viele ihrer abscheulichen Ideen ver-

gesellschaftet haben. Ihre Ideen werden immer offener, immer aggressiver und sie untergraben die Demokratie durch ihre ständige Flut von Gewalt in Wort und Tat.

Die extreme Rechte stellt unseren Sozialstaat und unsere demokratischen Prinzipien in Frage. Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft und kulturelle Organisationen werden in unzulässiger Weise eingeschüchert und mundtot gemacht.

Die öffentlichen Dienste und ihr wertvoller Beitrag zur Gesellschaft sind Angriffen von beispielloser Heftigkeit ausgesetzt, und dies, obwohl die Werte des öffentlichen Dienstes - (finanzielle) Zugänglichkeit, Universalität und Neutralität - für alle klar sind. Öffentliche Dienste sind der Motor einer demokratischen, gleichberechtigten und vielfältigen Gesellschaft. Das Gesellschaftsmodell der extremen Rechten ist das des extremen Individualismus, der Ausgrenzung und



des Mottos "zuerst das eigene Volk". Dieses Modell ist unvereinbar mit unserem Modell, das uns daran erinnert, dass wir "gemeinsam stärker sind".

Aus diesem Grund wird die CGSP-ACOD die Werte und die Aufgaben des öffentlichen Dienstes immer und mit ganzem Herzen verteidigen. Wir werden stets bemüht sein, für unsere eigenen Werte und Prinzipien zu kämpfen. Wir werden weiterhin die Demokratie und einen auf starken öffentlichen Diensten und einer starken föderalen sozialen Sicherheit basierenden Sozialstaat fördern.

Die CGSP-ACOD bürgt für eine linke, inklusive Gesellschaft, in der Vielfalt und Respekt großgeschrieben werden und die keinen Platz für populistische und extremistische Parteien bietet. Der Kampf gegen den Abbau unserer Demokratie und die Verherrlichung von faschistischen und extremistischen Ideen wird in den kommenden Monaten und Jahren zu unseren Prioritäten gehören.

Die drei Interregionalen der CGSP-ACOD setzen ihren Kampf anhand von konkreten Initiativen und Projekten fort. Sie legen dabei Nachdruck auf:

- die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der CGSP-ACOD von Personen, die eine rechtsextreme Ideologie vertreten (siehe Art. 14 der Föderalen Satzung der CGSP-ACOD);

- besonderes Augenmerk auf die von rechtsextrem ausgehenden Gefahren in unserer Gewerkschaftsausbildung, so dass wir unseren Gewerkschaftsaktivisten die notwendigen Waffen für ihren täglichen Kampf gegen rechtsextreme Ideen und das daraus resultierende Verhalten am Arbeitsplatz (und außerhalb) an die Hand geben können;

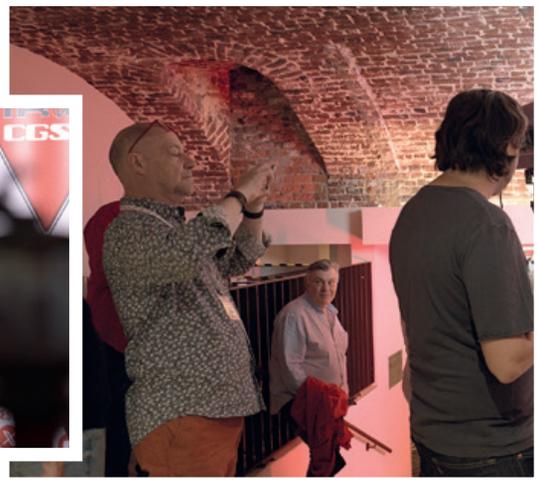
- gezielte Kommunikation mit unseren Mitgliedern, um sie vor den gefährlichen Auswirkungen einer rechtsextremen Politik auf ihr Privatleben zu warnen;

- gewerkschaftliche Präsenz bei Initiativen, die gegen Rechtsextremismus kämpfen und rechtsextremes Gedankengut enttarnen;

- die Aufrechterhaltung der Brandmauer gegen die extreme Rechte, damit deren Standpunkte ideologisch, politisch, wirtschaftlich oder sozialpolitisch Sicht niemals banalisiert werden;

- die FGTB muss eine antifaschistische Präsenz an der Basis koordinieren, so dass Zusammenkünfte der extremen Rechten verhindert werden können, wann immer dies möglich ist.









DANKKE



Die öffentlichen Dienste sind Euch näher denn je

